

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgezeigten Wochen-  
 zeile über deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Verord-  
 nungen und Beschlüsse 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 24. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Ein Dokument der russischen Revolution.

Wir sind in der Lage folgendes, die wachsende Stärke der revolutionären Bewegung charakterisierendes Schriftstück zu veröffentlichen:

Der Minister des Innern,  
 Der Gouverneur des Gouvernements Saratow.  
 Saratow, 11. Juni 1902.  
 Nr. 89.

Geheim-  
 Circular.

An die Herren Landpolizeivorstände des Gouvernements Saratow.

In Anbetracht dessen, daß in letzter Zeit in einigen südlichen und südöstlichen Gouvernements Bauernunruhen stattgefunden haben, die nicht selten von bewaffneten Überfällen auf Güter der Grundbesitzer begleitet waren, sei mir gestattet, auf den am 11. Juli 1898 unter Nr. 82 den Herren Polizeivorstehern gegebenen Hinweis in der Frage aufmerksam zu machen, welche Mittel zur Vorbeugung und Unterdrückung aller gewaltthätigen Handlungen seitens der Landbevölkerung ergriffen werden sollen und wie die des eigenmächtigen Verfahrens Schuldigen zur gesetzlichen Rechenschaft gezogen werden müssen.

In der letzten Zeit fanden in dem Gouvernement Pottawa ernsthafte Störungen der öffentlichen Ordnung und Ruhe statt, die, weil nicht genügend rasche und entscheidende Mittel zu ihrer Unterdrückung in Anwendung kamen, auch auf die benachbarten Kreise des Charlowischen Gouvernements hinübergreifen konnten. In Anbetracht dieses Umstandes und in Erwägung, daß solche Bauernunruhen in keinem Fall geduldet werden können, weil sie das ordnungsmäßige Leben der Landbevölkerung bedrohen, erlaube ich für notwendig an, von neuem darauf hinzuweisen, daß die in dem oben genannten Circular gemachten Vorschriften streng zu erfüllen sind. Zu gleicher Zeit empfehle ich den Landpolizeivorstehern, auf die Stimmung der Bauernbevölkerung acht zu geben und die rücksichtslosesten Mittel zur schnellen Niederwerfung der Bewegung in Angriff zu nehmen. Hierbei muß besondere Aufmerksamkeit allen unerwünschten Erscheinungen in dem öffentlichen Leben der Bauernbevölkerung zugewendet werden, und im Fall, daß eine Anhäufung dieser Erscheinungen beobachtet wird, müssen Mittel ergriffen werden, den Umständen auf den Grund zu kommen, von denen diese Erscheinungen verursacht werden, und auf solchem Wege muß einer Wiederholung und Entwicklung dieser Erscheinungen auf dem Boden von Aufbruch vorgebeugt werden.

Dabei halte ich für zweckmäßig zur Orientierung und Anleitung mitzuteilen, daß in letzter Zeit im Ministerium des Innern Nachrichten eingegangen sind, daß böswillige Menschen bestrebt sind, unter der Landbevölkerung Propagandazirkel zu organisieren. Zu diesem Zwecke werden für solche Zirkel die am meisten entwickelten, begabtesten und energischsten Bauern gewählt, denen dann verschiedene wissenschaftliche Kenntnisse, vorwiegend aus der Geschichte, der Sociologie und der Arbeiterbewegung, mitgeteilt werden, wobei als hauptsächlichste Mittel den Mitgliedern der Zirkel die genannten Kenntnisse beizubringen, eine weite Verbreitung, die tendenziöser so auch verbotener Schriften dient. Ich will nicht über den Schaden sprechen, der für das Volk entsteht, wenn in seine Mitte die Schriften der illegalen Presse dringen; es muß in Betracht gezogen werden, daß durch die Verteilung von Büchern selbst ganz legalen Charakters unter der Landbevölkerung politisch unzuverlässige Leute mit dem Volk in nahe Beziehung treten. Nachdem diese Leute auf dem Wege eines solchen Verkehrs die Entwicklung der Bauern und ihre Stellungnahme zu den verschiedenen Seiten des öffentlichen Lebens bestimmt haben, werden aus der Mitte der Bauern die begabtesten und zur Anzeigung revolutionärer Anschauungen veranlagten Bauern ausgewählt, besonders unterrichtet und aus ihnen die Führer der Bauernbewegung herangebildet. Außerdem schafft die populäre Volkslitteratur, wenn tendenziöse Ausgaben gewählt werden, in den Dörfern künstlich politische Gärung, weil sie die verschiedenen dunklen Seiten des Bauernlebens schildert, das Elend des Lebens, das Elend und die Armut des Volkes, und so unter den Bauern die Elemente der Unzufriedenheit stärkt.

Außerdem beobachtet man, daß politisch unzuverlässige Leute zu dem platten Lande in den meisten Fällen durch die lernende Jugend der Geistlichen und Lehrerseminarien, Feldscher- und Gartenbauschulen u. a. Bezirke anknüpfen. Außerdem gebrauchen die verbrecherischen Agitatoren zur Entwicklung ihrer Propaganda auch die Bauern derjenigen Ortschaften, wo ihre schädliche Tätigkeit bereits ersarkt ist, wobei zu diesem Zweck die Bauern in jene Ortschaften, wo es beschaffen ist, die regierungsfreundlichen Ideen auszusäen, als Anrede, Bücherkolportage und Hausierer gesandt werden.

Indem ich das Obige bekannt gebe, halte ich es für notwendig beizufügen, daß, in Fällen, wo Unruhen in einer bestimmten Ortschaft zu Tage treten werden, strenge Aufmerksamkeit den verantwortlichen Beamten zugehendet werden wird, deren Pflicht es war, für die Vorbeugung der Unruhen am nächsten Sorge zu tragen.

Der Gouverneur: Engelhardt.  
 Der Verwalter der Kanzlei: Anoll.

Als Ergänzung zu diesem offiziellen Schriftstück über den Fortgang der Revolutionierung der Bauernmassen sowie zur Charakteristik der Umwälzungen in der Gedankenwelt der Bauern in den letzten

Jahren und welchen Boden das platte Land jetzt im Vergleich zu den siebziger Jahren für die Propaganda und Organisation liefert, sei die folgende Stelle aus einer eingehenden Schilderung eines Augenzeugen der Bauernunruhen hier wieder gegeben. Er schreibt: „Ich will Ihnen nicht die Legenden wiederholen, die von den Bauern über den Zweck und den Charakter der Unruhen erdichtet sind. Eins ist bedeutsam, daß nämlich in allen diesen Legenden in der Rolle des Volkverteidigers der Student austritt. Hier und dort gehen noch Gerüchte um über den Garen, daß er den Bauern helfen wolle, gegen ihn seien aber die Minister, der Synod und die Herren (pani). Aber auch in solchen Meinungen erscheinen neben dem Garen als Beschützer der Bedrückten die Studenten. Eine Vorstellung geht dahin, daß die Studenten, d. h. sehr kluge Leute, die in den hohen Schulen lernen, bis zur Wahrheit und Gerechtigkeit gekommen seien und da die Regierung nichts taue, so hätten sie beschlossen, die Regierung zu beseitigen und an ihre Stelle drei Studenten zu setzen. Diese wollten Ordnung schaffen, damit alle gut leben könnten, und zur Hilfe rufen sie die Bauern und die Arbeiter. Die Bauern seien auch aus verschiedenen Orten gegangen; es gingen vielleicht alle, wenn es nicht die Soldaten gäbe, die so dumm sind, auf ihre eigenen Brüder zu schießen. Alle diese Erzählungen sind aus dem Munde der Bauern genommen. Allmählich, allmählich, schreibt der Korrespondent, beginnt die richtige Erkenntnis der Dinge in die Masse zu dringen, die Stimmung der selbst ganz Unaufgeklärten kontrastiert stark zu dem früheren Garentultus.“

Das geheime Dokument und die auf Grund eines reichen Materials entworfene zusammenfassende Schilderung erklären das so unipfölich wach gewordene Interesse des Garen für die sociale Frage zur Genüge, wenn auch Thatsachen dafür sprechen, daß dies Interesse nur in dem bezahlten Phantastenspiel gewisser Blätter besteht.

Daß der Jar den Wortführer der reaktionären Partei, den Herausgeber des „Grashdanin“, Fürst Meshcherski, in das Aufbruchgebiet entsandt hat, ist nur ein neuer Beweis, daß er nach wie vor nichts, gar nichts gelernt hat.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 23. Juli.

#### Inhätterdienste für den Jollwucher.

Die Ueberzöllner sind mißvergnügt. Sie sehen nicht nur ein, daß ihre unerschöpflichsten Forderungen nicht durchgehen werden, sie fürchten auch, daß der von der Regierung angebotene „gemäßigte“ Jollwucher an dem Widerstand der proletarischen socialdemokratischen Volksmassen scheitern könnte. In solcher Not greift man wieder zu dem seit der Comarilla-Zeit Friedrich Wilhelm IV. im Jullertum besonders beliebten Mittel, durch spiritistische Beschwörungen eines grauenvollen roten Gespenstes die regierenden Leute einzuschüchtern und auf den politischen Feind sinnlos zu hetzen. Weil das Jullertum dringend einen 7/8- oder wenigstens 1/2-M. Joll braucht, und weil die Arbeiterschaft sich gegen dieses Raubrittertum auflehnt, darum beweisen die edlen Seelen, daß die Socialdemokratie niedergeschlagen, vernichtet, ausgerottet werden müsse. Der Schwindel ist alt, wird aber immer wieder ausgeübt — obwohl die Ohm, Goedsche, Gerlach, Puttkamer, Bismarck, Krüger tot sind.

In gleichzeitig erschienenen und ziemlich gleichlautenden Artikeln hat die „Kreuz-Zeitung“ und die „Post“ am Mittwochabend zum tausendwunderstimmig entdekt, daß die Socialdemokratie eine hochverräterische Verschwörerbande sei. Die Artikel sind namenlos, stammen aber, dem Stil und der Gefinnung nach, beide von Max Lorenz, dem berufsmäßigen Denunzianten und verwahrlosten Quartalsregenten, durch dessen ständige Mitarbeiterschaft eine angesehenere Zeitschrift, wie die „Preussischen Jahrbücher“, fortgesetzt beschnitten wird. Selbstverständlich wird die Sache wieder auf dem Wege des „empörten Citats“ gemacht. Herhalten muß diesmal Rautsky's neueste Wortschöpfung „Socialreform und sociale Revolution“, und zwar das letzte Kapitel, das von den „Formen und Waffen der socialen Revolution“ handelt. Als Mittel wird natürlich das infamere und bewußtere Fälschung bemüht, die durch Herauszerren einzelner Sätze aus dem Sinn und Zusammenhang selbst ein schwachsinziger Schwindler leicht herzustellen vermag.

Wir benutzen aber diese erwünschte Gelegenheit, um die Leser auf diese scharfsinnigen, klaren und tiefen Ausführungen Rautsky's nachdrücklich hinzuweisen. Rautsky beginnt mit dem Bekenntnis, daß sich bis zu einem gewissen Grade die Richtung der Entwicklung, nicht aber ihre Formen und ihr Tempo vorab bestimmen lassen. Nur eines könne man mit Sicherheit von der kommenden Revolution sagen: „Sie wird ganz anders aussehen als ihre Vorgängerinnen.“ Eine der Eigentümlichkeiten der heutigen Situation bestehe darin, „daß es in der Regel nicht mehr die Regierungen sind, die uns den schroffsten Widerstand entgegensetzen.“ Es handle sich vielmehr um den Kampf einer ausgebeuteten Klasse gegen alle andern. Rautsky fährt fort:

„Wären die letzten Revolutionen Empörungen der Volksmassen gegen die Regierung, so dürfte die kommende Revolution — abgesehen vielleicht von Rußland — mehr den Charakter eines Kampfes des einen Teiles des Volkes gegen den andern führen, und darin, aber auch nur darin weniger dem Typus der französischen Revolution und mehr dem der Reformationskämpfe nahe kommen. Fast möchte ich sagen, sie wird weniger einer plötzlichen Empörung gegen die Obrigkeit und mehr einem langdauernden Bürgerkrieg gleichen, wenn man mit dem letzteren Wort nicht die Begriffe von wirklichen Kriegen und Gemein verbände. Wir haben aber keinen Grund, anzunehmen, daß bewaffnete Insurrektionen mit Barrikadenkämpfen und ähnlichen

regerischen Vorkommnissen heute noch eine entscheidende Rolle spielen können. Der Militarismus kann nur noch dadurch gebrochen werden, daß das Militär selbst unzuverlässig erscheint, nicht dadurch, daß es vom empörten Volke besiegt wird.“

Wie die kommende Revolution nicht in einem Barrikadenkampf bestehen würde, so sei auch nicht von einer Finanzkatastrophe der Zusammenbruch des Bestehenden zu erwarten. Dagegen könne der politische Streit eine Rolle spielen.

Weiterhin erläutert Rautsky — und hier hat der Fälscher mit schmutziger Hand zugegriffen — die historische Möglichkeit, daß ein Krieg die Entwicklung beschleunigen könne:

„Ein Mittel, die politische Entwicklung zu beschleunigen und dem Proletariat den Besitz der politischen Macht in die Hände zu spielen, kann auch ein Krieg werden. Der Krieg hat sich schon oft als ein sehr revolutionärer Faktor erwiesen. Es giebt historische Situationen, in denen eine Revolution notwendig ist zum weiteren Fortschritt der Gesellschaft, die revolutionären Klassen aber zu schwach, die herrschenden Mächte zu starr. Man darf nicht an eine Notwendigkeit der Revolution in dem Sinne glauben, als erlangten die aufstrebenden Klassen im rechten Moment auch immer die rechte Kraft dazu. So zweifelhaft ist leider die Welt nicht eingerichtet. Es giebt Situationen, wo es unbedingt erforderlich ist, daß eine herrschende Klasse durch eine andre abgelöst wird, die erstere aber dennoch die letztere in steter Unterdrückung zu erhalten weiß. Dauert dieser Zustand zu lange, dann verkommt und zerfällt die ganze Gesellschaft. Sehr oft aber vollzieht in solcher Situation ein Krieg die Aufgabe, der die aufstrebende Klasse nicht gewachsen ist. Er vollzieht dies auf zweierlei Wegen: Ein Krieg kann nicht geführt werden ohne die Anspannung aller Volkskräfte. Weicht ein tiefer Zwiespalt in der Nation, dann zwingt der Krieg die herrschende Klasse, der aufstrebenden Konzessionen zu machen, sie an dem Gemeinwesen zu interessieren und ihr so eine Macht zu verleihen, die sie ohne den Krieg nicht erlangt hätte.“

Ist die herrschende Klasse zu einem solchen Opfer nicht fähig oder ist es dazu schon zu spät, dann führt der Krieg nur zu leicht zu einer Niederlage nach außen, die dann den Zusammenbruch im Innern nach sich zieht. Er führt ein Regime, das in der Armees seine vornehmste Stütze sieht, indem er diese zerbricht.

So hat sich der Krieg nicht selten als ein zwar brutales und verheerendes, aber doch wirksames Mittel des Fortschrittes unter Umständen erwiesen, wo die andern Mittel versagten.

Die deutsche Bourgeoisie z. B. war durch die Verlegung des ökonomischen Schwerpunktes Europas an die Küstenländer des atlantischen Ozeans und durch den dreißigjährigen Krieg und seine Folgen zu geschwächt, um durch eigene Kraft den Fendatabsolutismus fürzen zu können. Sie wurde ihn los durch die napoleonischen Kriege und dann durch die Kriege der Bismarckischen Ära. Das Vermächtnis von 1848 wurde überhaupt durch die Kriege der konterrevolutionären Mächte durchgeführt, wie schon öfters dargezogen worden.“

Rautsky sagt noch hinzu:

„Man mißverstehe mich nicht. Ich untersuche hier, ich propheteie nicht und noch weniger spreche ich hier Wünsche aus. Ich untersuche, was kommen kann, ich erkläre nicht, was kommen wird, und schon gar nicht fordere ich, was kommen soll. Wenn ich hier vom Krieg als einem Mittel der Revolution spreche, so soll das nicht sagen, daß ich den Krieg wünsche. Seine Schrecken sind so entsetzlich, daß heute wohl nur noch militärische Genatler den traurigen Mut aufreiben können, mit kaltem Blute nach Krieg zu verlangen. Aber selbst wenn eine Revolution nicht ein Mittel zum Zweck, sondern ein Endzweck wäre, der um jeden Preis, auch den blutigsten, nicht zu teuer erkauft wäre, könnte man nicht einen Krieg als Mittel wünschen, die Revolution zu entfesseln. Denn er ist das irrationalste Mittel zu diesem Zwecke. Er bringt so entsetzliche Verstörungen mit sich, schafft so ungeheure Anforderungen an den Staat, daß er eine Revolution, die aus ihm entspringt, aufs schwerste mit Aufgaben belastet, die ihr nicht eigentümlich sind und die vorübergehend fast alle ihre Mittel und Kräfte absorbieren. Dabei ist eine Revolution, die aus einem Kriege entspringt, ein Zeichen der Schwäche der revolutionären Klasse, oft eine Ursache weiterer Schwächung, schon durch die Opfer, die er mit sich bringt, wie durch die moralische und intellektuelle Degradierung, die ein Krieg meist hervorruft. Also enorme Vermehrung der Aufgaben des revolutionären Regimes und gleichzeitige Schwächung seiner Kräfte. Daher scheitert eine Revolution, die einem Kriege entspringt, leichter oder sie verliert frühzeitig ihre Triebkraft. Wie ganz anders wirkte die bürgerliche Revolution in Frankreich, wo sie einer Erhebung des Volkes entsprang, als in Deutschland, wo sie durch eine Reihe von Kriegen importiert wurde! Und die proletarische Sache hätte aus der Erhebung des Pariser Proletariats weit größeren Nutzen gezogen, wenn sie ihm nicht vorzeitig durch den Krieg von 1870/71 aufgezehrt worden, sondern erst in einem späteren Zeitpunkt vor sich gegangen wäre, in dem die Pariser die genügende Kraft erlangt hätten, um Louis Napoleon und seine Bande ohne Krieg davon zu jagen.“

Man sollte meinen, daß selbst der streupföfeste Scharfmacher in diesen ruhigen Darlegungen kein Wort finden könnte, aus dem sich ein Grund für die Socialdemokratie brechen ließe. Rautsky weist einfach auf die historische Thatsache hin und rechnet mit der Möglichkeit — die er nicht einmal wünscht — daß kriegerische Entwicklungen die Entwicklung einer Klasse fördern könnte. So haben die napoleonischen Kriege den Absolutismus gegenüber dem Bürgerthum zu Konzessionen gezwungen. Er habe „den Falobiner in den so,



genannten Freiheitskriegen spielen müssen", beklagte sich später Friedrich Wilhelm III. Desgleichen mußte in und nach den Bismarckschen Kriegen der Feudalismus dem liberalen Völkertum radikale Zugeständnisse machen. Und diese simple Feststellung der allbekanntesten historischen Erscheinung, daß bei schwierigen äußeren Verwicklungen im Innern versucht wird, die Klassenzerklüftung auszugleichen, veranlaßt die „Kreuz-Zeitung“ zu folgendem — anscheinend in einem plötzlichen Irrsinnsausbruch, im Wortschmerz oder akuter Alkoholvergiftung gezeigter Anfall:

„Diese Ausführungen sind das ungeheuerlichste, was jemals seitens der Socialdemokratie der bestehenden Staatsgewalt geboten und angedroht worden ist. Wir sprechen davon zurück, diese Ausführungen mit einem einzigen Worte als das zu bezeichnen, was sie in Wahrheit sind: Die kleine Broschüre des Herrn Kautsky ist zur Massenverbreitung bestimmt. Sie soll die Hunderttausende mit der Bestimmung erfüllen, der der socialdemokratische Theoretiker in der von uns citirten Weise Ausdruck giebt. Grundfalsch wäre es, in der Kautsky'schen Darstellung nur die vereinzelte Ausführung, das Hirngespinnst eines einzelnen, nur für sich verantwortlichen samaritanischen Kopfes zu sehen. Eine solche Broschüre kann nicht in Massen verbreitet werden, ohne daß die offiziell leitenden Parteistellen davon Kenntnis haben. Der Parteivorstand muß darum wissen und muß — wenn er die Verbreitung schweigend zuläßt — den Inhalt billigen. Ja, das Centralorgan der Partei hat sogar in einem besonderen Artikel, der allerdings von dem oben citirten Abschnitt wohlweislich nichts verlanzt ließ, auf die Broschüre besonders aufmerksam gemacht. In den von uns hiermit an die politische Öffentlichkeit gezogenen Ausführungen kulminiert aber die Arbeit des Herrn Kautsky. Sie ist ihrer ganzen Anlage nach offensichtlich besonders darauf zugespielt. Sie soll bestimmte Gedankengänge den Arbeitermassen in Herz und Hirn treiben und mit dem von Herrn Kautsky in die socialdemokratische Rechnung gestellten Vaterlandsverrat beizeiten vertraut machen.

In der „Post“ äußert sich die Verankerung in folgender Form. Unter dem Titel „Erziehung zum Hochverrat“ heißt es dort:

„Unzweifelhaft verfolgt Herr Kautsky doch mit der Verfertigung und Verbreitung seiner Schrift eine politische Absicht, ebenso wie das auf seiner Seite der Fall ist, wenn wir hiermit die socialdemokratische Arbeit zur Kenntnis politischer Kreise bringen, für die sie eigentlich wohl kaum berechnet gewesen ist. Der Politiker aber hat gar nichts zu beurteilen, wie etwas subjektiv gemeint ist, sondern wie es objektiv wirken mag. Ueber diese Wirkung kann niemand im Unklaren bleiben. Es wäre dringend zu wünschen, daß die socialdemokratische Parteileitung zu dieser Leistung des in der Socialdemokratie maßgebendsten Theoretikers in einer öffentlichen Erklärung offiziell Stellung nimmt. Andernfalls müßte man ihr Einverständnis annehmen, woraus dann bestimmte Folgerungen zu ziehen wären.

Wie sind diese wässrigen Demunziationen möglich, angeführt von Ausführungen, gegen die selbst ein konservativer Historiker weniger einzuwenden könnte? Sind in die Feiern-Redaktionen Stellvertreter aus dem Karrenhaus eingezogen?

Nun, Max Lorenz hat das Unmögliche dadurch möglich gemacht, daß er aus den obigen Citaten nur die gesperrten Sätze anführt, die fettgedruckten Erläuterungen unterschlägt und dann die selbst ohne die Erläuterungen klarere Sätze in ihrem Sinn fälschend verstimmt. Das Ergebnis dieses Schwindels ist dann das Folgende: Es wird der Socialdemokratie der nicht sowohl teuflische als blödsinnige Plan insinuiert, daß sie bei ausbrechenden Kriegen das socialistische verführte Heer zu einer Art Streik veranlassen wird, der erst aufgehoben wird, wenn sich die Regierung zu Konzessionen herbeiläßt. Und zur Vorbereitung dieser Scheußlichkeiten dient der Kampf — gegen den Wucherer!!!

Wir müssen dankend ablehnen. Die Socialdemokratie läßt weder ihr Vaterland feig im Stich; das überläßt sie den edlen Junkern, die nach Jena die Fesslungen ohne Schwerdtstreich anlieferen und jetzt patriotisch das Volk auszuwahren. Sie treibt auch keinen Hochverrat; dies Handwerk überläßt sie dynastischen Revolutionären der Seite der preussischen Agenten von 1806, hat doch Bismarck damals selbst einen Deminuten durch einen brutalen Westschußversuch zum Hochverrat zu verleiten versucht, während ein Treisfale offen den Hochverrat predigte.

Wir haben den neuen Schwindel eingehend aufgedeckt, weil wir mit Vergnügen die Gelegenheit benutzten, auf Kautsky's Schrift wiederholt hinzuweisen. Als er seine Broschüre über die Handelspolitik veröffentlichte, wurde er von der „Kreuz-Zeitung“ als Agrarier angeprochen, jetzt erscheint er zur Abwechslung als Lehrer des Hochverrats. Diese letzte Fälschung ist wenigstens nicht so lächerlich für unsere Genossen wie jene frühere.

Daß Max Lorenz kein andres Handwerk mehr treiben kann, ist erklärlich. Selbst Blättern wie der „Kreuz-Zeitung“ und der „Post“ sollte man aber nicht vertrauen, daß sie derlei Ausströmungen eines entarteten Scheins prüfunglos aufnehmen. Indessen — was thut man nicht um des — Wucherer's willen! —

### Der Kulturhaß des Centrums.

Die letzten Vorgänge in Bayern sind recht beachtenswert, weil sie zeigen, welche Politik das Centrum treibt, wo es in der Nacht ist. Seitdem den bairischen Schwärzen der geliebte Landmann gerannt, sind sie ganz aus dem Häuschen und sie rächen sich durch eine demonstrative Politik der Budgetverweigerung, die freilich keine Neulichkeit hat mit der Staatsablehnung einer grundsätzlichen Opposition. Die Socialdemokratie stimmt gegen das Budget, weil sie in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber den regierenden Ausschüssen des kapitalistischen Klassenstaates verharret; aber sie bewilligt zugleich alle Einzelansgaben für Kulturzwecke. Gerade umgekehrt verhält sich das Centrum. Es billigt das Gesamtsystem, dessen Hauptstütze es ja ist, es verweigert aber — um seiner Wut ein Opfer zu schlachten — alle Kulturausgaben, für die es allerdings auch sonst nicht aus Liebe, sondern aus einer gewissen Schicksalstheorie eintritt.

Die bayerische Socialdemokratie läßt es sich natürlich angelegen sein, diese kirchlichen Selbstentblühungen möglichst eindringlich zu demonstrieren. Am Montagabend wurden die Vorgänge in einer Münchener Versammlung behandelt, über die uns der folgende Bericht zugeht:

Zu einer großartigen Demonstration gegen das Centrum gestaltete sich eine Parteiversammlung, in der Montagabend Genosse v. Wolmar über das Thema „Das bildungsfeindliche Centrum sprach. Der große, neue Prachtsaal der Hader-Bräuer, aus dem sämtliche Tische entfernt waren, vermochte die herbeiströmenden Menschenmassen nicht zu fassen und ein bürgerliches Blatt schreibt heute mit Recht, daß eine decorete Demonstration in München noch nicht gesehen wurde. Alle Bevölkerungsklassen hatten zu den Besuchern ihr Kontingent gestellt und neben den einfachen Arbeitern, die direkt von der Werkstätte herbeigeleitet waren, sah man zahlreiche Künstler, Gelehrte, Beamte und namentlich viele Lehrer. Die Ausführungen Wolmar's, der in anberühmter Weise die letzten Vorgänge im Landtage besprach und den ultramontanen Monarchismus auf Klüftung „prächtig“ gliederte, wurde mit einem demonstrativen, minutenlangen Beifallsturm aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt und die Versammlung, die eine musterhafte Disziplin bewahrt hatte, ging ohne den geringsten Mißton zu Ende.

Dem Centrum war und ist diese Demonstration sehr unangenehm, was am besten dadurch bewiesen wird, daß die ultra-

montanen Blätter schon einige Tage vorher fürchterlich darüber schimpften.

Derwelle streicht das Centrum in wachsendem Eifer eine Kulturforderung nach der andern. Von Mittwoch meldet ein Münchener Telegramm:

„Die Kammer der Abgeordneten lehnte durch die Stimmen des Centrums und zweier Bauernbläuler gegen das übrige Haus die in früheren Jahren stets bewilligte Forderung von 100 000 M. für die Erwerbung ausgezeichneter Kunstwerke, insbesondere für die Staats-Kunstsammlungen, ab. In der heute fortgesetzten Debatte hierüber empfahl der Staatsrat v. Schraut die Forderung nochmals aufs wärmste. Der Berichterstatter Dr. Schäbler wiederholte im Schlußwort, das Centrum lehne die Forderung nur in Anbetracht der veränderten Lage ab.“

Diese Ablehnung geschah, obwohl Tags zuvor der Kunstreferent im Kultusministerium v. Wehner erklärt hatte, daß bereits für 63 000 M. Bilder, vorbehaltlich der Genehmigung der Position, angekauft. Diese Ankäufe müßten wieder rückgängig gemacht werden, und die Künstler seien die Geschädigten, da sie Kaufgelegenheiten nun verkannt hätten.

Es ist recht gut, daß das Centrum einmal wütend geworden ist. Dann wagt es sich in seinem wahren, absprechenden Charakter hervor; denn mit dem berechtigten Mittel grundsätzlicher Budgetverweigerung haben diese kulturfeindlichen Chikanen nichts gemein.

## Deutsches Reich.

### Pressefreundliche Staatsanwälte.

Aus L a b e d wird uns geschrieben: Sie können auch anders, die Herren Staatsanwälte! Nicht alle heißen v. Dewig und nicht immer haben sie Socialdemokraten vor sich. Da ist z. B. der Erste Staatsanwalt der Freien und Hansestadt L a b e d, Herr Dr. V e n d a. Politisch Ordnungsmensch vom reinsten Nationalliberalismus, hat er in seinen jungen Jahren schon den Ansturz fleißig bekämpft und sich nicht gescheut, in die Höhe des Löwen zu gehen, d. h. in socialdemokratische Wählerversammlungen, allwo die Königsirenen regelmäßig durch Mordraden ihre geistige Ueberlegenheit kundgaben. Lang, lang ist's her! Schier dreißig Jahre! Heute ist Abend unheimlich rot, der Kampf lohnt sich nicht mehr. Herr V e n d a ist erster Ankläger geworden und Vorsitzender des unsterblichen 28 Marx-Bürger-Parlamentes der alten Travestadt. Jüngst fiel ihm die Aufgabe zu, den Redacteur unfreies Parteiblattes, der ein Opfer verlorener Gewährungsmänner geworden, den Richtern zur Verurteilung heranzuführen. Ei, da flogen die Bekannten Flockeln vom „Heyn“ und „Schäfer“ nur so! Doch sie können auch anders, die Herren Staatsanwälte. Hat sich da am Ufer des Rellersees, nahe dem Hglet, ein Hauptmann a. D., ein adeliger Herr angestellt, dem mancherlei Maßnahmen der großherzoglich-sachsenburgischen Regierung zu Eulm sehr wenig zu gefallen scheinen. Seinem wachsenden GröÙe machte dieser Herr in einem fulminanten Sprechsaal-Artikel Lust, den der Lübeder „General-Anzeiger“, jenes von unserem verstorbenen Genossen Carl Hillmann zur Wille gebrachte „parteilose“ Blatt und „Klerikellblatt“, abdruckte. Die Regierung erhob sich und stellte Strafandrohung und es erfolgte die übliche Verurteilung. Der grobe Herr v. L e b e h a u soll 600 M., der durch die „hohe sociale Stellung“ seines Sprechsaal-gastes „verführte“ Verantwortliche 100 M. blechen.

Alles allgütliche Geschick! Aber wenig allgütlich war die — Verteilungsgerechte, die Herr — Staatsanwalt Dr. V e n d a für den Redacteur hielt. Nach dem Bericht des genannten Blattes meinte der öffentliche Ankläger, man habe die Thätigkeit des Chefredacteurs Oskar Mantau kennen und schätzen gelernt. Der „General-Anzeiger“ sei ein loyales Blatt, das nicht gegen die Regierung hege. Es sei bemüht, einen sachlichen Ton in seine Artikel hineinzubringen, allerdings unter aller Wahrung der Freimüthigkeit... Dann angeführt eines so unerwarteten und so erquicklichen Jährungszeugnisses nicht bei vielen Kollegen von der Feder der Reich hochsteigen? Doch noch weiter ging des Herren Liebendwürdigkeit. Er hielt eine milde Strafe für gerechtfertigt, da Mißgriffe in dem ansehnlichen Betriebe eines Zeitungsunternehmens, wo mit der Minute gezeigt werden müsse, erklärlich seien. Endlich ein Staatsanwalt, der Verständnis zeigt für die gewolligen Schwierigkeiten, mit denen die Redacteurs der — „General-Anzeiger“ zu kämpfen haben! Es beginnt zu togen. Heil dem Dr. V e n d a, der da zeigte, daß Staatsanwälte auch anders können!

Wir wollen darüber gerne vergessen, daß er die Thätigkeit eines Rammes als in Lübed geschäzte bezeichnet hat, der vor reichlich vier Jahren als Plagiator ordinarster Sorte öffentlich gebrandmarkt worden ist. Der Herr Chefredacteur Oskar Mantau wurde nämlich überführt, eine Theaterkritik — „Versunkene Glode“ — aus dem „Hannov. Courier“ gestohlen, mit seinem Zeichen versehen als sein Geistesprodukt ausgegeben und sich nicht gescheut zu haben, sogar die Kritik der Leistung der hannoverschen Schauspieler wörtlich auf die Lübeder Rimen zu übertragen. Freilich — geschadet hat dieser Streich, wegen dessen ein socialdemokratischer Redacteur auf der Stelle mit Schimpf und Schande zum Tempel hinausgeworfen wäre, dem Herrn weder bei seinem Brodherrn noch bei seinen hohen Freunden und Männern im nationalliberalen Reichsverein. Eine Zeitung hielt er sich ein wenig zurück, heute ist er wieder eine „geschätzte“ Persönlichkeit in der „besten“ Gesellschaft. Sogar von Staatsanwälten wird das unangefordert bezeugt... Und nun schimpfe noch einer über steinmütterliche Behandlung der Presse! Man braucht nur gewisse Charaktereigenschaften zu besitzen und selbst ein Staatsanwalt findet ein Lob für Zeitungsschreiber, die in dem ausfegenden Betriebe eines Zeitungsunternehmens so mit den Minuten zeigen, daß sie — Theaterkritiken aus andern Blättern höchst original aus-schneiden.

Der Kaiser soll am 2. August mit dem König von England in Cowes zusammentreffen.

Ein kaiserliches Hotel. Für die kaiserliche Familie soll dem „Rein Kur.“ zufolge in Frankfurt a. M. eine Etage des Hotels „Imperial“ dauernd gemietet werden. Sollte das reiche Frankfurt nicht so patriotisch sein, ein Schloß zur Verfügung zu stellen?

Wenn der Kronprinz reist! Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Der Kronprinz erster Klasse fuhr erhielt den Auftrag, die Strecke Düsseldorf — Vilk am Montagabend deshalb einer besonderen Revision zu unterziehen, weil der Kronprinz von Preußen diese Strecke auf einer Vergnügungsfahrt passiere. Der pflichttreue Beamte beging die Strecke in der Dunkelheit und wurde von einem daherkommenden Schnellzuge zermalmt.

Der neue König von Sachsen ist — wie es heißt unbedenklich — erkrankt.

Im Wahlkreis Kulmbach haben sich die Freisinnigen nun doch entschlossen, für den nationalliberalen Schußgöllner einzutreten!

## Ausland.

### Klerikale Proteste. — Kammernachwahl in Lille.

Paris, 21. Juli. (Fig. Ver.) Die Klerikalen haben noch nach eine umfassende Protestaktion gegen die Schließung von 2500 Mönchs-Schulen zu Stande gebracht. Der Presse und den Parlamentariern folgen nun auf dem Kriegspfade die Bischöfe mit dem Pariser Erzbischof, Cardinal Richard, an der Spitze. Den offenen Klerikalen gesellen sich in der Presse und unter den Parlamentariern die melnikistischen Wächter der mönchischen „Freiheit“.

Auch die Börse scheint für dieselbe Freiheit begeistert zu sein. Wenigstens wird in diesem Sinne von den Klerikalen der Kurzturz der Prozentigen Staatsrente um 75 Centimes gedeutet. Ein ministerfreundliches Blatt „Le Radical“ versichert fernerseits in einer offiziösen klingenden Note, die Mönchsorden hätten direkt den Kurzturz herbeigeführt durch einen massenhaften Verkauf ihrer Rententitel. Der melnikistische Deputierte Joluzot redet in einem öffentlichen Briefe dem Finanzminister ins Gewissen ob der Erschütterung des Landes-kredits infolge der Schließung der Ordensschulen. Die finanziellen Wochenübersichten freilich schreiben den Kurzturz einfach der Konversion der 3/2 Prozentigen Rente zu, welche den Verkauf der 3 Prozentigen Papiere zu einer vorteilhaften Börsenspekulation macht. Soviel ist jedenfalls sicher, daß dieselben socialen Faktoren hinter der Hochfinanz und dem Klerikalismus stehen.

Die papierenen Proteste befriedigen jedoch die Klerikalen Heißsporne nicht. Diese predigen den thätigen Widerstand gegen die Durchführung des Regierungsbeschlusses. Dieser aber merkt man von einem solchen Widerstand sehr wenig. Nur in einzelnen Fällen haben die Leiter der Ordensschulen den Schließungsbeschl. mißachtet. Ferner ist es hier und da bei der Schließung zu kleinen Kundgebungen seitens der Eltern der klerikalen Zöglinge gekommen. Hin-gegen wird eine umfassende gerichtliche Aktion gegen den Regierungsbeschl. in die Wege geleitet.

Auf der andern Seite wird die Regierung von den antiklerikalen Elementen durch zahlreiche Zustimmung- und Glückwunschschriften ermuntert.

Doch stößt der antiklerikale Feldzug auf eine Klippe, die ungleich schwerer wiegt als alle klerikalen Proteste und Anmüßigungen. Die weltliche Schule ist nämlich vielfach nicht im Stande, die bisherigen klerikalen Schüler aufzunehmen, wie denn in der mangelhaften äußerlichen Entwicklung der weltlichen Volksschule zum Teil der Erfolg der Ordensschulen begründet ist. In Bezug auf die klerikalen Verorganisationsanstalten hat ja die Regierung von vornherein das Verbot ausgesprochen, schlummernd lassen müssen, sollten nicht anders die versorgten Waisen und Alten auf Pfaster geworfen werden. Man greift da mit Händen die innere Unwahrscheinlichkeit der bisherigen bürgerlichen Antiklerikalismus. Seine kriegerischen Phrasen verhalten stets den Wangel an durchgreifenden Maßnahmen, die erst dem Klerikalismus den realen Boden unter den Füßen zu entziehen vermöchten. Ohne hinreichende Vermehrung der Volksschulen, die den obligatorischen Unterricht für die gesamte Jugend in der Volksschule auch möglich macht, ohne Umgestaltung des korrupten öffentlichen Wohlthätigkeitswesens, ohne eine Waisen- und Altersversorgung, ohne Altersversicherung — ohne das und noch manches andre muß der antiklerikale Krieg notwendig scheitern, ist er je nachdem pflücker Betrug oder naiver Selbstbetrug. Diese Erkenntnis beschränkt sich aber so ziemlich auf den socialistischen Teil des Regierungslagers, während das bürgerliche Gros derselben sich gedankenlos im Lärm der mechanisch-repressiven antiklerikalen Aktion berauscht. Die öde Pfaffenfresserei ist für diese Elemente nach wie vor der Gipfel aller Weisheit.

In Lille hat am Sonntag eine Kammer-Nachwahl stattgefunden zum Ersatz des am Stichwahltag verstorbenen melnikistischen Abgeordneten. Ergebnis: Genosse Chesquiere, Guesdiss, kommt wiederum in die Stichwahl, und zwar mit 5125 gegen 5842 melnikistische Stimmen, während der radikale Kandidat mit 1162 Stimmen den Ausschlag giebt. Im Vergleich mit der Hauptwahl des 27. April d. J. gewinnt unser Genosse 299 Stimmen, während der Melnik 529 und der Radikale 587 Stimmen ver-liereu. Ihm die radikalen Wähler diesmal ihre Pflicht getreuer als in den allgemeinen Wahlen, so wird die Arbeiterpartei in der Stichwahl ein neues Mandat gewinnen.

Inzwischen hat die klerikale Protestbewegung ein lebhafteres Aussehen angenommen. Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Paris telegraphiert:

Die von den geschlossenen Ordensschulen mit größter Hast vorgenommenen Preisverteilungen bilden den Ausgangspunkt von lärmenden Kundgebungen, die sich auf die Straße fortziehen. Zwei derartige Preisverteilungen fanden gestern in den Ordensschulen der Avenue Parmentier und der Saint Roche - Straße statt. Hunderttausende von Heißblättern, die in die Häuser verschickt und vor den Kirchen verteilt wurden, luden die Menge zu möglichst zahlreichem Erscheinen bei den Schulfesten ein. Das ganze Nationalistenheer war aufgeboten. Coppé sagte u. a.: Ein Abtrünniger, den man einst aus Barmherzigkeit in einem Priester-Seminar erzogen hat, verurteilt beinahe dreitausend Schulaner, wie diese, weil sie das Verbrechen begehen, vor Christi Kreuz die reinste Sittlichkeit zu lehren. Der Tag wird aber kommen, wo Gott das französische Volk für die Berechtigung betraffen wird, und ich schreie aus Leidenschaft: „Nieder mit den Tyrannen, hoch die Freiheit!“ Dieser Schrei wurde von der versammelten Menge in der Stärke von etwa sechshundert Köpfen aufgenommen. Man stürzte schreiend auf die Straße, wurde jedoch da von einer starken Polizeimacht empfangen, die alles auseinandertrieb. Dabei kam es zu Zusammenstößen und zur Verhaftung der Führer, auch Coppés, der bis spät abends im Gewahrsam gehalten wurde, dann wieder freigelassen wurde. Er wird wegen Beamteneubeldigung verfolgt.

Die Saint Roche-Straße war der Schaulust ähnlicher Auftritte. Sie wiederholten sich abends in verstärkter Weise, als fünf Schul-schwestern der geschlossenen Schule sich nach dem Saint Lagare-Wahnhof begaben, um abzureisen. Frauen trafen im großen Wartesaal wieder und stimmten Kirchenlieder an. Männer legten sich auf das Schienen-gelände vor die Lokomotive und riefen im Chor: „Wir wollen sterben!“, bis die Gasse den unbeteiligten Fußgängern zu wiederholt wurde und sie der Polizei kräftig halfen, die Darsteller zu verjagen. Später zogen auf den Boulevard Gruppen zu Fuß und zu Wagen nach, die den Ruf „Liberté!“ ausließen. Die Polizei hieb erbarungslos ein und nahm über 200 Verhaftungen vor.

### Oesterreich-Ungarn.

Reform des Militär-Strafprozesses. Dem „Wiener Fremdenblatt“ zufolge beruht ein vom Reichs-Kriegsministerium im Einvernehmen mit den beiden Landesverteidigungs-Ministerien fertiggestellter Entwurf einer Militär-Strafprozess-Ordnung auf den Prinzipien der Anklage, der Unmittelbarkeit, der Öffentlichkeit, der freien Beweiswürdigung, der Anwendbarkeit von Rechtsmitteln gegen das Endurteil, der Verteidigung durch dritte und der Anerkennung der Öffentlichkeit.

### England.

Im Unterhause fragte Field an, ob die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Thatsache gelenkt worden sei, daß die russische Regierung eine Einladung zu einer internationalen Konferenz habe ergehen lassen, um zu beraten, welche Maßregeln getroffen werden sollten gegen die künstliche Preisverhöhung, die durch Exportprämien, durch die zwangsweise Regelung der Produktion und durch Spekulation verursacht werde. Daffour erwidert, im Anschluß an die Brüsseler Konferenz habe die russische Regierung den Vorschlag gemacht, es sollte eine internationale



Konferenz zur Beratung einiger der in der Anfrage erwähnten Punkte zusammenzutreten. Die Antwort, welche die englische Regierung auf die Einladung geben sollte, werde noch erwogen.

**Rußland.**

**Sorge der russischen Presse gegen die Türkei.** Die russische Presse mißt den Vorgängen auf der Balkanhalbinsel eine größere Bedeutung bei, als die Tagespresse des übrigen Europa. „*Kowoje Wremja*“ erklärt, es sei die höchste Zeit, daß die Türkei, die im Berliner Vertrage versprochen und garantierten Reformen sowohl in Armenien wie auf der Balkanhalbinsel durchführe; die dortigen sich immer wiederholenden Unordnungen würden sonst sowohl in Kleinasien wie in Mazedonien und Albanien zu einer ernstlichen Gefahr für den Frieden werden. Die Ereignisse der letzten Tage hätten gezeigt, daß die Türkei ebenso unfähig sei, die Kurden im Innern zu halten, wie die Aufrechterhaltung der Ruhe in Albanien und Alt-Serbien durchzuführen.

**Afrika.**

**Transvaalbahn.** Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus ob die Regierung die rüchständigen Zinsen für die niederländische Eisenbahn zahlen würde, in Abetracht dessen, daß das Kapital und die Zinsen von der Südafrikanischen Republik garantiert seien, erwidert Chamberlain schriftlich, daß die Regierung auf eine sofortige Beantwortung dieser Anfrage nicht vorbereitet sei.

**89. Sitzung der Zolltarif-Kommission.**

**Selbst bei den Thonwaren zeigte sich die Rücksicht der Agrarminister für die Landwirtschaft im eigentlichen Sinne.** Die Position 719. Möhren aus Thon, läßt im Entwurf Drainröhren zollfrei, belegt aber andre Möhren und Röhrenformstücke mit einem Zoll von 0,40 M.

**Schrempf** beantragt für Drainröhren einen Zoll von 0,20 M., **Blankenborn** einen solchen von 0,10 M.

**Schrempf** begründet die Forderung nach einem Zoll mit dem Hinweis auf die schweizerischen Zölle, gegen die Kampfzölle geschaffen werden müßten. **Redner** zieht seinen Antrag zu Gunsten des Blankenbornschen zurück.

**Gothein** tritt für Zollfreiheit auf unglasierte Möhren ein, will aber für glasierte Möhren, sowie für Senfkästen, Sohlsteine, Viehtrüge 1 M. Zoll.

**Jubelt** meint, man sei es nun bald gewöhnt, daß diejenigen, die vorgeben, der Landwirtschaft helfen zu wollen, Zölle oder Erhöhung der Zölle auf Waren beantragen, die die Landwirtschaft außerordentlich schädigen. Von konservativer Seite habe man früher Zölle auf künstliche Düngemittel verlangt, heute fordere **Schrempf** einen Zoll auf Drainröhren, die gerade in neuerer Zeit auch von kleinen Landwirten zur Entwässerung ihres Grundbesitzes mehr verwendet werden. Die Regierung habe diese Möhren zollfrei gelassen, aber die Agrarminister wüßten geradezu gegen die kleinen Landwirte. Ein Kampfzoll könne der verlangte Zoll nicht sein, denn das Produkt sei zu minderwertig und die Ausfuhr größer als die Einfuhr. **Redner** wundert sich, daß **Gothein** auf Viehtrüge z. B. einen höheren Zoll — 1 M. beantrage, als der Entwurf vorsieht (0,40 M.). Gerade in Rücksicht auf die Landwirtschaft empfehle er Zollfreiheit.

**Blankenborn** tritt Jubelt entgegen; ein Zoll sei notwendig im Interesse der Industrie; es bestehe Ueberschneidung für diese Waren, der Zoll werde also den Preis nicht verteuern.

**Regierungsrat Dr. Böcker** tritt für die Vorlage ein.

**Perold** meint, der Zoll habe weder für die Thonwaren-Industrie noch für die Landwirtschaft große Bedeutung, deshalb erjuche er, die Drainröhren zollfrei zu lassen.

**Gabel** erklärt, als praktischer Landwirt müsse er sagen, daß die Ausführungen Jubelts zutreffend seien. Er wundere sich, wie man von der Landwirtschaft benötigte Waren verteuern wolle.

**Schrempf** und **Gothein** verteidigen sich gegen die Vorwürfe Jubelts.

**Mollenbuhr** erwidert dem Abgeordneten Blankenborn, wenn eine Industrie ohne Zoll nicht bestehen könne, dann hätte Großbritanien längst untergehen müssen. Es sei eben charakteristisch, wie die Interessen der Landwirtschaft von den angeblichen Freunden vertreten würden. In der That würden die Hiegeleien an den Grenzen des Landes geschädigt, statt geschützt durch den Zoll.

Zu 719 wird die Fassung des Antrags **Gothein** angenommen, der Antrag **Blankenborn** wird abgelehnt, ebenso die Fassung des Antrags **Gothein**, so daß die Position zollfrei bleiben müßte; aber nach kurzer Geschäftsordnungs-Debatte wird beschlossen, über die Sätze des Entwurfs abzustimmen. Die Fassung des Entwurfs werden angenommen.

Ebenso wird zu Position 720 die Fassung **Gothein** angenommen, dazu die Fassung des Entwurfs, aber die Unterposition, Senfkästen, Viehtrüge zc., bleibt zollfrei.

Zusammengestellt werden die Positionen 721/23 und 727. **Töpfergeschirre, Oefen, Tabalpeisen, Waugierate zc.** Geschliffenes Töpfergeschirre belegt der Entwurf mit 1,50 M. Zoll; Oefen, einfarbig mit 2 M., mehrfarbig mit 3 M.; Tabalpeisen 3 M.; Waugierate mit 1 M. Zoll.

**Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.** **Gothein** beantragt zu 721 — 1 M., zu 722 — 1,25 M.

**Jubelt** tritt für Zollfreiheit ein. Töpfergeschirre werde von den arbeitenden Massen benötigt, man dürfe ihnen diese Waren nicht verteuern. Die Oefen-Industrie benötige keines Zolles. Durch den Zoll auf Tabalpeisen werde die „Pfeife des armen Mannes“ verteuert. **Redner** empfiehlt Zollfreiheit für alle Positionen.

**Geheimrat Vermuth** tritt für die Vorlage ein. Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 724—726 werden verbunden. 724, feuerfeste Steine jeder Art, rechteckige unter 5 Kilo 0,25 M., mehr als 5 Kilo 0,60 M.; 725, Schmelztiegel zc. 2 M.; 726, solche aus Graphitmasse 4 M.

**Gothein** beantragt zu 724 einen einheitlichen Zoll von 0,50 M.; zu 725 — 2 M. statt 4 M.

**Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.** **Mollenbuhr** weist ans der Exportindustrie nach, daß die betreffende Industrie sehr konkurrenzfähig ist, eines Schutzes nicht bedürfe. Die Graphitiegel-Fabrikanten sind vernünftigerweise aus diesen Gründen gegen jeden Zoll.

**Gothein** giebt die Entwicklung der Industrie dem Abg. **Mollenbuhr** zu, empfiehlt aber trotzdem seinen Antrag.

**Geheimrat v. d. Borcht** tritt für die Vorlage ein. Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 728 und 729, Bodenplatten aus Thon — 2, 4 resp. 10 und 16 M. Zoll — werden entgegen dem socialdemokratischen Antrage auf Zollfreiheit, den **Stadthagen** begründet, nach der Vorlage angenommen.

Der Rest des Ausschusses, 730/31, Steingutwaren, 732, Thonwaren aller Art, 733, Porzellanwaren, 734, Schweren und Straß von Thon- und Porzellanwaren, frei, wird zusammengestellt.

**Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.** **Gothein** beantragt zu Position 731 16 M. statt 25 M.

**Mollenbuhr** begründet den Antrag auf Zollfreiheit mit dem Hinweis auf die Entwicklung und Prosperität der Industrie.

**Geheimrat Vermuth** tritt für die Vorlage, der Abg. **Trimborn** gegen jede Erhöhung der Zölle ein.

**Horn** (Sachsen) beantwortete demgegenüber Zollfreiheit, denn die Industrie befindet sich auf der Höhe der Zeit, sie habe sich alle modernen technischen Hilfsmittel zu nütze gemacht. Zwar übertriffen uns die Franzosen bezüglich der Porzellanmanufaktur im Geschmack, aber dagegen helfe kein Zoll, da müsse in der Schulbildung nachgeholfen werden; bessere Fachschulen seien zu beschaffen. Eingehend befaßt sich **Redner** mit den technischen Verhältnissen der Porzellanfabrikation. Auch die Arbeiterverhältnisse in der Steingutindustrie unterzieht er einer Kritik, die durch den Zoll nicht gebessert werden wird. Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen, ebenso die Anmerkungen.

**15. Abschnitt: Glas und Glaswaren.**

Die Positionen 735—740 werden trotz Wiederwiderspruch zusammengefaßt. Für alle Positionen beantragen die Socialdemokraten Zollfreiheit.

**Gothein** beantragt für 735 Glasmasse, Glasstaub — frei (Vorlage 3 M.); für 740, Hohlglas, bemalt, vergoldet, verfilbert — 30 M. (Vorlage 36 M.).

**Horn-Sachsen** und **Stadthagen** begründen die Anträge auf Zollfreiheit. Durch die aufgestellten Zölle würde die Macht des Kapitals gestärkt, das die Arbeiter dieser Industrie mehr oder weniger und sie sogar des Existenzrechts beraube. Es sei **Heuschke**, vom Schatz der nationalen Arbeit zu reden, während von den Kapitalgeheimnissen der Glasindustrie ausländische Arbeiter ins Land gezogen würden, um die Löhne der Arbeiter zu drücken. Bekannt seien die Vorgänge bei dem großen Glasarbeiter-Streit und wie die Unternehmer die Arbeiter geradezu vogelfrei machten und ihnen die gesetzlichen Rechte nahmen. Diesen Unternehmern noch Gewinne zuzulassen durch Zölle, sei unerhört.

**Graf Kanitz** tritt für die Zölle ein und wendet sich gegen **Stadthagen**s Ausführungen, der darauf erwidert, er wolle nicht die ausländischen Arbeiter benachteiligen, im Gegenteil, er wolle den ausländischen Arbeitern das Koalitionsrecht wahren, damit sie gemeinsam gegen ihre Ausbeutung, die obenhin zum Nachteil der einheimischen vollzogen werde, vorgehen könnten. Daran würden sie gehindert, das ausbeuterische Kapital werde vom Staat darin unterstützt und auf diese Weise auch den deutschen Arbeitern das Dasein erschwert. Schatz müsse den Arbeitern gewährt werden, nicht den sie brutal unterdrückenden Millionären.

**Gothein** polemisiert ebenfalls gegen **Graf Kanitz**. Die Positionen 735—740 werden nach der Vorlage angenommen; ebenso die Anmerkungen.

Dann werden die Positionen 741—747 zusammengefaßt: Spiegel- und Tafelglas.

**Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.** **Gothein** beantragt Textänderungen und Herabsetzung der Zollsätze und bemerkt, daß bei Hohlglas die Zölle 110—130 Proz. des Wertes betragen. Die Attienfabriken zahlten hohe Dividenden. Das Syndikat habe die Preise um 70 Proz. gesteigert. Die Ausfuhr deutscher Waren sei bedeutend und übersteige weit die Einfuhr. Wie könne man da höhere Zölle verlangen!

Ein Antrag auf Vertagung wird nach 2 Uhr abgelehnt.

**Horn-Sachsen** begründet die Anträge auf Zollfreiheit. Tatsache sei, daß die Syndikate in der Glasindustrie eine große Rolle spielen. **Redner** nennt eine Reihe von Syndikaten, die für einzelne Branchen in Schlefien, Sachsen, Westfalen usw. gegründet wurden und die sich Vorteile zu wahren wissen, zum Schaden der Konsumenten. Aber die Arbeiter haben von den Vorteilen nichts abbekommen, im Gegenteil habe das Unternehmertum trotz Feststellung hoher Preise Aktionen unternommen, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern. **Redner** beipflichtet den großen Glasarbeiterstreik, ferner die Lage der deutschen Glasindustrie gegenüber der französischen, wünschenswerth und geht dann in fachtechnischen Ausführungen auf die einzelnen Positionen ein und empfiehlt Zollfreiheit.

**Geheimrat v. d. Borcht** verteidigt die Vorlage und wendet sich besonders gegen **Gothein**.

**Speck** kritisiert ebenfalls die Kartellbildung in der Glasindustrie, die gemeinlichlich wirke und durch die Zollerhöhung würden die Kartelle gefördert und unterstützt, deshalb stimme er nicht für die Sätze der Vorlage.

Nach weiteren Reden der Abgg. **Gothein** und **Speck** sowie des **Geheimrats Vermuth** werden die Zollsätze der Positionen nach den Anträgen **Gothein**s herabgesetzt, im übrigen nach der Vorlage angenommen, auch Position 747.

Zur Geschäftsordnung erklärt **Krendt**, daß über die gestrige Sitzung unrichtige Mitteilungen in der Presse wiedergegeben worden seien, die, soweit er orientiert sei, nicht von Mitgliedern der Kommission stammen.

**Graf Posadowsky** stellt in Abrede, die monierten Kenferungen gethan zu haben. Einzelne Zeitungen (Der Bericht des „*Vorwärts*“) war zutreffend. (Anmerk. der Red.) hätten vollständig korrekt seine Kenferungen wiedergegeben.

Schluß 1/4 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

**Partei-Nachrichten.**

**Zur Frage der Aufstellung der ober-schlesischen Reichstags-Kandidaten** erhalten wir folgende Zuschrift:

Es ist unrichtig, daß ich von der Abhaltung der Ostwien-einer Konferenz vorher benachrichtigt worden bin. Am 12. d. M. abends, am Tage vor der Konferenz, erfuhr ich durch private Mitteilung von ihr; von einer Einladung war keine Rede. Am 13. d. M., am Tage der Konferenz, gelangte ein Brief des Schriftführers des polnisch-socialdemokratischen Parteivorstandes, des Genossen **Winiakiewicz**, in meine Hände, der vom 12. d. M. datiert war und aus Berlin kam. Dieser Brief enthielt nicht eine Einladung zur Ostwien-einer Konferenz, sondern eine Antwort des polnisch-socialdemokratischen Parteivorstandes auf meine mir aufgetragene Zuschrift an den Vorstand der polnisch-socialdemokratischen Partei, in der wir hiesigen Genossen diesem Vorstände anheimstellten, an unserer Konferenz, die im August stattfinden werde, teilzunehmen. Diese Antwort, die ich kürzlich als Antwort des Vorstandes, nicht als Privatmeinung des Genossen **Winiakiewicz** aufzufassen mußte, war ablehnend. Der polnisch-socialdemokratische Parteivorstand wollte von unserm Anerbieten „keinen Gebrauch machen“, weil die Kandidatenfrage bereits am 13. d. M., an dem Tage, an dem ich den Brief des polnisch-socialdemokratischen Parteivorstandes erhielt — „erledigt“ würde.

Nach der Angabe des Genossen **Verfus** hat der polnisch-socialdemokratische Parteivorstand an demselben Tage, an dem der polnisch-socialdemokratische Parteivorstand von den polnischen Genossen in Oberschlesien die Nachricht von einer Parteikonferenz erhielt, mich sofort benachrichtigt, mir Tag und Ort der Konferenz angegeben und hat an die ober-schlesischen polnischen Genossen das Verlangen gestellt, mich persönlich hierzu einzuladen. Diese Angabe ist ebenfalls unrichtig. Ich habe vom polnisch-socialdemokratischen Parteivorstande einen andern als den am 13. d. M. mir zugegangenen Brief nicht erhalten; eine Einladung erhielt dieser Brief nicht; hiesige polnisch-socialistische Genossen haben mich nicht eingeladen; mir ist nicht bekannt geworden, daß ober-schlesische polnische Genossen angewiesen worden seien, mich einzuladen.

Deutsches O.-S., den 22. Juli 1902. **H. Winter.**

**Die Sorge um die Arbeiter** veranlaßt jetzt auch das Berliner Centralblatt, die „*Germania*“ nach dem Verbleib der Arbeitergroßen zu forschen; natürlich nicht die Sorge um das Wohl der Arbeiter, sondern die Sorgen um den drohenden Verlust ihrer Arbeiteranhänger. Dieser, indem sie sich mit der Rechnung des Berliner Wochenschrifts über den Verbleib der Arbeitergroßen und unserer Antwort darauf beschäftigt, rechnet auch sie heraus, daß der Arbeiter jährlich 50 M. und mehr für die Socialdemokratie ausbebe und darauf folgen rührsame Betrachtungen darüber, was die Socialdemokratie den Arbeitern dafür bietet:

„Ja, was bietet sie? Sie raubt dem Arbeiter die Zufriedenheit, den Gottesglauben, oft genug auch das Familienglück und pflanzt ihm den Haß gegen Gott und ganze Klassen seiner Mitmenschen ein. Das ist es, was die Socialdemokratie dem Arbeiter bietet, und das ist das Beste, was ihm ein Unternehmer das thut. Und Tausende und Abertausende lassen Jahr für Jahr sich diese Ausbeutung gefallen!“

Die „*Germania*“ beschäftigt sich allerdings bloß mit den Aufgaben des Arbeiters für die Versicherungs-, Gewerkschafts- und Vereinszwecke sowie für Bekleidung und Hütel sich, aus unserer Erwiderung die Rechnung über die Ausbeutung des Arbeiters durch die indirekten Steuern zu erwähnen. Da liegt eben gerade für das Centrum der Haas im Pfeffer. Ist es doch das Centrum, dem wir die riesige Verarmung der Mittel- und Unterschichten zu verdanken haben und ist doch das Centrum jetzt eben dabei, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Zollwucherpolitik im großen zu be-

treiben. Täglich können wir berichten, wie es in den dem Centrum noch anhängenden Arbeiterkreisen gärt über die Arbeiter-Auswucherungspolitik. Da ist es begreiflich, daß die politischen Betrüger es mit der Angst kriegen und daß sie nach bestimmter Methode schreien: „Haltet den Dieb!“ Deshalb begreift man es auch, daß die „*Germania*“ unsere Darlegung über die indirekten Steuern unterdrückt. Nur nicht davon reden! Es könnten sonst immer mehr Arbeiter, die durch die politische Taschenspielerlei des Centrum noch nicht ganz verdrängt worden sind, zu der Frage kommen: Was bietet das Centrum den Arbeitern und wo bleiben die Arbeitergroßen! Und das könnte dem Centrum schlecht bekommen.

Die socialistischen Jugendvereine Norwegens hielten am Sonntag einen gemeinsamen Kongress in Arevik ab, der sehr zahlreich besucht war. Drei Dampfschiffe vollbesetzt von Kongress-Teilnehmern kamen aus Kristiania, Drammen und Frederikstad an. Der Hauptpunkt der Verhandlungen war die Gründung eines Landesverbandes der socialistischen Jugendorganisationen Norwegens. Der Kongress sprach sich im Prinzip dafür aus, die endgültige Entscheidung soll jedoch durch die einzelnen Organisationen selbst getroffen werden (diese zählen zusammen ca. 1500 Mitglieder). Bezüglich der Stellung der socialistischen Jugend zur Gewerkschaftsbewegung erklärte der Kongress, daß die Anhänger der Jugendbewegung mehr als bisher ihren Einfluß in den Gewerkschaften geltend machen sollen, um dadurch die Gewerkschaftsbewegung mit den Ideen des Socialismus in Uebereinstimmung zu bringen.

**Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.**

— **Zu 200 Mark Geldstrafe** wurde der verantwortliche Redacteur der „*Heimisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung*“, **Genosse L. Scheibe** in Dortmund, verurteilt. Er hatte berichtet, daß ein Polizeibeamter einen Arbeiter, den er arretiert, gefesselt habe, obwohl der Arretierte freiwillig mitgegangen sei. Obwohl die Mitteilung auf Grund der Angaben des Gefeßelten gemacht worden war, verurteilte dieser Menge vor Gericht. Das Gericht sah deshalb in der einfachen Mitteilung eine Beleidigung des Polizeibeamten und erkannte auf die erwähnte Strafe.

**Gewerkschaftliches.**

**Verlin und Umgegend.**

**Streikbrecher unter polizeilichem Schutze.**

Bekanntlich streikten die Dreher in den *Milch* Werken. Als Erfolg derselben hat die Firma ganze sechs Streikbrecher aufgegeben. Diese sind zwar nicht alle Dreher, und verstehen deshalb nicht von den Arbeiten, die sie verrichten sollen, aber darauf kommt es der Firma in diesem Falle gar nicht an. Wenn sie nur Leute in der Dreherei hat, dann ist sie schon zufrieden. — Mit großer Strenge werden die Arbeitswilligen vor jeder Verührung mit den übrigen Arbeitern des Betriebes behütet, und wird dafür gesorgt, daß niemand mit den Streikbrechern der Unternehmer spricht. Selbst nach Feierabend werden die Arbeitswilligen sorgsam von der übrigen Menschheit abgesperrt. Sie haben eine halbe Stunde früher Feierabend wie die andern Arbeiter des Betriebes und werden unter Bedeckung von einigen Polizisten und Gendarmen nach dem Bahnhof Nieder-Schöneweide geleitet. Dieser Arbeitswilligen-Transport erregt begreiflicherweise großes Aufsehen; die Straßenpassanten, in der Meinung, es handle sich um einen Transport von Arrestanten, bleiben stehen und schauen dem Zuge nach. Bis zum Bahnhof widmet die Polizei den Streikbrechern ihre liebevolle Sorgfalt, und während der Fahrt nimmt sie die Eisenbahnverwaltung in besondere Obhut, denn die so „nützlichen Elemente“ müssen auch vor Verührung mit den Fahrgästen „geschützt“ werden. Darum werden sie in das Dienst-a-bteil des Zuges gesetzt, wo sie die Fahrt in Gesellschaft des Zugführers zurücklegen. — In der That, eine weitgehende Fürsorge.

Den Polizeibeamten, welche allabendlich den Transport zu begleiten haben, mag dieser Dienst nicht unangenehm sein, und so erklärt es sich wohl, daß neulich einer der Beamten in Verkemung der wirtlichen Uebeler dieser Unbequemlichkeit seinem Groll gegen die Streikposten Luft machte, indem er sich echt preussisch also ausließ: „So eine arbeitsfähige Bande, die haben keine Lust zum arbeiten, da lassen sie doch andre arbeiten lassen. Die denken wohl, sie sind schon im Zukunftsstaat!“

In dem Streit selbst ist zu berichten, daß die Situation den Ausführenden sehr günstig ist, und daß bis jetzt jeder Zugzug von außerhalb ferngehalten werden konnte.

**Die Dachdecker Verlin sind infolge des rigorosen Verhaltens der Meisterchaft in einen partiellen Streik eingetreten und sind infolge dessen die Werkstellen von Kopp u. Cie., Kaiserin Augusta-Allee 28/29, und Horn u. Hummel, Großgörschenstr. 40, gesperrt. Sämtliche dort beschäftigten Kollegen sind im Ausstand. Zugzug nach Verlin ist ferngehalten. Die Kommission.**

**Zum Potsdamer Maurer-Streit** wird uns geschrieben: Das „*Potsdamer Intelligenz-Blatt*“ bringt in seiner Nr. 174 einen Artikel mit der Ueberschrift: „Der hiesige Bauarbeiter-Ausstand“. Es wird darin gesagt, der Lokalpatriotismus der Arbeitgeber habe sich lange geäußert, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, sie seien jedoch dazu angewungen worden durch die Gutmüthigkeit der Arbeiter. In Wirklichkeit ist es jedoch anders. Die Agenten der Unternehmer suchten schon von Anfang an nach fremden Arbeitswilligen in Oberschlesien. Sie haben bloß nicht so viele erhalten können, wie sie wünschten. Obgleich der Vorsitzende des Gewerbegerichts sich Mühe giebt, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, ist es ihm bis jetzt noch nicht gelungen, die Arbeitgeber hierzu zu bewegen. Wenn das „*Intelligenz-Blatt*“ vom Lokalpatriotismus der Unternehmer spricht, so hätte derselbe sich schon längst befinden können, indem die Unternehmer mit den Streikenden in Unterhandlung getreten wären. Es handelt sich gar nicht mehr um Bewilligung einer Lohnzusage und Festsetzung eines Arbeitstags, sondern nur um eine Nachfrage, die die Unternehmer zum Auszug bringen wollen. Weiter behauptet das „*Intelligenz-Blatt*“, die Maurer hätten auf die Zimmerer eingewirkt und zwingen sie, auf den Bauten nicht zu arbeiten, wo Arbeitswillige beschäftigt sind. Auch das ist eine Unwahrheit. Die Zimmerer wissen selber, was sie zu thun und zu lassen haben. Wenn gesagt wird, die Fremden würden ihre Familien nach Potsdam kommen lassen wollen, weil es ihnen hier so gut gefällt und sie einen so schönen Lohn haben, so werden sie sich das noch reichlich überlegen, da die Potsdamer Verhältnisse durchaus nicht verlockend sind. Auch wird die Stadtverwaltung den Arbeitswilligen nicht immer so billige Wohnungen, wie sie bis jetzt in der alten Kaserne haben, zur Verfügung stellen können. Die Potsdamer Maurer betrachten ihre Lohnbewegung immer noch nicht als verloren. Sie sind gewillt, dieselbe auszukämpfen.

**Deutsches Reich.**

**Die Hamburger Bauunternehmer** haben bis jetzt noch nichts gethan, um eine Beendigung des Konflikts herbeizuführen. Sie gehen den von Seiten der Arbeiter angebotenen Verhandlungen, obgleich alle angeleglichen Hindernisse derselben seit mehreren Tagen beseitigt sind, geseßentlich aus dem Wege und fahren fort, in allen Winkeln des Reiches Arbeitskräfte zu suchen. Die Arbeiter allerorts müßten darauf achten und die Pläne der Hamburger Innungshelben vereiteln helfen, indem ihnen der Zugzug abgezwungen wird.

**Die Glasergehilfen in Plauen i. V.** sind am Montag, 70 an der Zahl, in den Ausstand getreten, nachdem die Verhandlungsversuche mit der Innung keinen Erfolg hatten. Gefordert wird die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und ein Stundenlohn von 80 bis 50 Pf. Da die Meister durch Zeitungs-Interate Arbeitskräfte von außerhalb nach Plauen zu ziehen suchen, so seien die Glaser hierdurch gewarnt.

**Ausland.**

**Die Grubenarbeiter in Falkenau** (Wöhmen) sind neuerdings wieder in Differenzen mit der Grubenverwaltung geraten, weil dieselbe nur eine halbtägige Mittagspause gewähren will. Auf den



Schächten der Montan- und Industriewerke vormalig J. D. Starek wurden mehrere Vertrauensmänner gemahregelt. In Davidsthal wurden zehn Vertrauensmänner, unter denen sich vier Genossenschafts-Delegierte befanden, in Reichenau sechs Vertrauensmänner gemahregelt. Die Stimmung unter den Arbeitern ist infolge dieser Mahregelungen sehr ernst. Es wurde beschlossen, eine Deputation an den Ackerbauminister abzuschicken.

Ein **Vantischlerstreik** ist in Karlsbad (Schweden) ausgebrochen. Die Ausschüßigen fordern 30 Oere Stundenlohn und vertragmäßige Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Alle Vantischler der Stadt, ungefähr 200, sind daran beteiligt.

## Aus Industrie und Handel.

**Neue Industrie-Gesellschaft.** Gewissermassen als eine Unterabteilung des Centralverbandes deutscher Industrieller hat sich am 5. Juli in Düsseldorf ein neuer Verband rheinischer Großfabrikanten konstituiert, der sich „Neue Industrie-Gesellschaft“ nennt und als seinen Zweck bezeichnet, daß einerseits dem deutschen Fabrikant und der deutschen Ware überall beim Einkauf innerhalb Deutschlands der Vorzug gegeben und die fremden Erzeugnisse dadurch vom einheimischen Markt zurückgedrängt werden, und daß andererseits im Auslande eine kräftige Propaganda für deutsche Produkte betrieben wird, besonders durch in den Hauptstädten der europäischen Länder zu errichtende industrielle Agitations-, Verkaufs- und Auskunfts-Bureaus.

In dem von diesem Verband an die Fabrikanten gerichteten Aufruf heißt es, nach dem üblichen Lamento über die Notlage der Fabrikanten und — der Arbeiter (letzterer wird wohl nur erwähnt, um der Sache einen gewissen Anstrich zu geben): „Der deutsche Fabrikant, der deutsche Geschäftsmann, ebenso wie der deutsche Staat, die Militär- und Civilbehörden sollen darauf aufmerksam gemacht werden, im Interesse des gesamten Wohlstandes dafür einzutreten, daß deutsches Fabrikat und deutsche Ware beim Einkaufe berücksichtigt wird. Dieses Prinzip ist vor allen Dingen zu beobachten, denn wie schwer der deutsche Fabrikant und Produzent unter der Einfuhr ausländischer Waren und Maschinen zu leiden hat, ist jedem bekannt. Schreibmaschinen, Registrierkassenmaschinen, Werkzeugmaschinen aller Art, Phonographen, Fahrräder, Nähmaschinen, Schuhe, Gummischuhe, Klaviere, ferner Obst, konzentrierte Fleischspeisen, Fleischextrakte, werden für Millionen und aber Millionen Mark von Amerika bezogen, französische Champagner und Weine, Seidenstoffe, Kleider, Mode-Artikel werden trotz des unermesslichen Preises in Deutschland bevorzugt. Englische Stoffe, Ledertwaren, Sportartikel werden am höchsten und teuersten in Deutschland bezahlt. Holländische Liqueure und Kakaos gehen in Deutschland so gut, daß überall Filialen und Verkaufsstellen errichtet werden etc. Selbstverständlich kann ein einzelner nicht in dieser Sache erreichen, aber wenn wir uns vereint bemühen, als Deutsche auch deutschen Produkten den Vorzug zu geben, so können diese Millionen dem Vaterlande erhalten bleiben, dem deutschen Fabrikanten und dem deutschen Arbeiter.“

Die Zweige, die schon von uns vertreten werden, sind: Papiermaschinen, Papierpressen, Maschinen für die Kautschukindustrie, Wogenlampen, Lithographie und Buchdruckerei, Armaturen, Lokomotiven, Condensationsanlagen, Pumpen, Erzaufbereitung, Kohlenaufbereitung, Bauausführungen usw.“

Dagegen heißt es in Bezug auf die Förderung des deutschen Exports:

„Abgesehen davon, daß wir im Innern die Lage der deutschen Industrie nach Möglichkeit heben wollen, durch Bevorzugung nur deutscher Produkte, gehen wir im Ausland für die sich unserem Kartell anschließenden Werke als Pioniere vor. Durch zu errichtende Bureaus in London, Paris, Mailand, Petersburg, Wien, New York, Schienben wir uns in die betreffenden Länder ein, machen eine kräftige Propaganda für unsere Firmen, errichten gemeinschaftliche Lagerplätze, wenn es nötig ist Montagehallen und errichten, da wo wir infolge der Höhe keine fertigen Waren oder Maschinen, event. eigene Fabrikation mit deutschen Ingenieuren und Beamten. Selbstverständlich nehmen wir für den Verkauf tüchtige sprachkundige Landleute, oder aber, falls dies nötig ist, Ingenieure und Kaufleute der betreffenden andern Nationalitäten, die Gesamtleitung jedoch in deutschen Händen lassend.“

Mednerisch ausgedrückt: wir wollen unser Geld hier behalten und möglichst viel Geld vom Auslande hereinbringen, denn nur, wenn diese beiden Kardinalfaktoren sich ergänzen, kann von einem dauernden Wohlstande der Nation die Rede sein.“

Von Zöllen wird in dem Aufruf nichts erwähnt; es braucht aber wohl kaum gesagt zu werden, daß der neue Verband durchaus nichts dagegen einzuwenden haben wird, wenn sein Bestreben, die fremde Einfuhr in Deutschland zu vermindern, durch Zollherabsetzungen auf ausländische Produkte unterstützt wird. Dafür bürgt schon sein nahestes Verhältnis zum Centralverband deutscher Industrieller.

**Ueber die Lage der österreichischen Kohlenindustrie** wird der Sachzeitung für Kohlen- und Erzbergbau, der „Industrie“ geschrieben: „Der Verkehr auf dem österreichisch-ungarischen Steinkohlenmarkt bewegte sich im Anfang des Juli in den engsten Grenzen, da die Industrie einen äußerst geringen Bedarf hatte, so daß die Werke zu weiteren Betriebsbeschränkungen gezwungen waren. Eine weitere Verschlechterung der Marktlage wurde durch die erhöhten Bezüge der Eisenbahnen an Regiolethe hintangehalten. Auch auf dem nordwestböhmischen Braunkohlenmarkt ließ der Verkehr in den ersten Tagen des Monats zu wünschen übrig und nur das Elbegebiet bildete hier eine erfreuliche Ausnahme. Die laufenden Bestellungen erreichten 800 Waggons pro Tag für Austerlitz und etwa 200 Waggons für Rohowitz. Bezeichnend für die Lage des Kohlenmarktes war der Verkauf der großen Kohlenvergelung der L. Staatsbahnen. Für Braunkohlen wurde ein Nachlaß von 30—70 Heller, für Steinkohlen ein solcher von 50—170 Heller gegen die letzten Preise gewährt, wodurch dieselben unter die Höhe jener vor dem großen Auslande gestunken sind.“

## Sociales.

**Arbeitslosigkeit und Arbeitslohn.** Nicht nur Gefängnisse und Zuchthäuser haben sich unter der Wirkung des industriellen und geschäftlichen Niedergangs gefüllt, sondern auch das Arbeitslohn droht den Unglücklichen, die in dem toten Gebiete unter angeblich göttlicher Weltordnung in die Räder geraten. In der bürgerlichen Presse stand kürzlich eine Notiz des Inhalts, daß sich die Folgen des Niedergangs auch in der Belegschaft der rheinischen Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler geltend machen: Während in den letzten Jahren die Räume der Anstalt fast leer gestanden hätten, sei jetzt die Zahl der zur Nachhaft überwiesenen Personen auf rund 1500 gestiegen.

### Zum 5. internationalen Genossenschaftskongress.

London, 21. Juli.

Der fünfte Kongress des internationalen Bundes der Genossenschaften wird heute in Manchester eröffnet. Der erste Kongress tagte in London im Jahre 1895, der zweite in Paris 1896, der dritte in Dessau 1897, der vierte in Paris 1900. Dem Bunde gehören an 390 genossenschaftliche Organisationen in Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich-Ungarn, Schweden, Serbien und in der Schweiz; ferner in Australien, Indien und den Vereinigten Staaten. Sein Entstehen verdankt der Bund einer Anregung des Centralkomitees der französischen Genossenschaften auf den englischen genossenschaftlichen Kongress vom Jahre 1888 in Plymouth. Das französische Centralkomitee wollte ein Gegengewicht gegen den Klassenkampf der sozialistischen Internationale schaffen und den genossenschaftlichen Bund zu einem Vehikel des Ausgleichs aller Klassen machen.

Dem 5. Kongress liegt ein sehr interessanter Bericht von 95 Seiten über die Lage des Genossenschaftswesens vor, dem wir folgende Zahlen und Thatsachen entnehmen. Eng-

land zählt 1648 Genossenschaften mit rund 2000000 Mitgliedern; das Aktienkapital beträgt 24000000 Pfd. Sterl., die Umsätze 82000000, Profit 9000000 Pfd. Sterl. Die Ackerbau-Genossenschaften haben 8—9000 Acres unter Kultur, allein die Ergebnisse sind nicht ermutigend. Dagegen macht sich unter den Bauern die Tendenz bemerkbar, die Ein- und Verkäufe auf genossenschaftlichem Wege vorzunehmen.

Der französische Bericht ist von Professor Charles Gide geschrieben. Das beste am französischen Genossenschaftswesen sind die Produktions-Genossenschaften, die vom Staate und von der Stadt Paris mit Subventionen und Aufträgen unterstützt werden. Diesen Unterstützungen verdanken sie zum guten Teile ihren Erfolg. Aus Anlaß der Weltausstellung im Jahre 1900 erhielten die Genossenschaften Kontrakte für mehrere Millionen. Die tüchtigsten Elemente unter den Genossenschäftlern sind die Socialisten, Kollektivistin und „fogar“ die Anarchisten. Diese Leute, sagt Professor Gide, standen früher den Genossenschaften feindlich gegenüber, aber das belgische Beispiel hat sie belehrt. Allerdings verhehlen sie nicht hervorzuheben, daß sie die Genossenschaften nicht als Ziel, sondern als Mittel zur sozialen Revolution betrachten. Im Ackerbau haben nur die Obst- und Gemüse-Genossenschaften Erfolge zu verzeichnen.

Ueber Belgien berichtet Alfred Wilsa. Zwischen den Jahren 1894 und 1901 ist die Zahl der Genossenschaften von 311 auf 1706 gewachsen. Er beklagt es, daß die städtischen Genossenschaften sozialistisch und die ländlichen Genossenschaften katolisch werden. Das ist auch die Meinung Vanderveldes: „Die städtischen Genossenschaften sind das Rückgrat der sozialistischen Partei, die ländlichen das Rückgrat des Merkantilismus.“

Die Genossenschaften Hollands gehen immermehr in die Hände von Socialisten über, die ihre Dividenden der Parteikasse zuführen; die Genossenschaften werden auf dieser Weise zu Finanzquellen der sozialistischen Bewegung.

Das dänische Genossenschaftswesen ist in einem blühenden Zustande, besonders in landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigungen, wie Molkereien, Eier-, Schinken- und Speckausfuhr.

Ueber Deutschland berichtet Dr. S. Erüger. Im Jahre 1901 zählte man 19557 Genossenschaften; Kredit 12140; Handel 1527; Bau 385; Ackerbau 4002; Handwerker 545; verschiedene 358. Dr. Erüger glaubt, daß staatliche Subventionen für Genossenschaften schädlich sind.

In Oesterreich-Ungarn ist der Fortschritt ein stetiger. Rußland stagniert seit dem Jahre 1897. In der Schweiz gewinnt das Genossenschaftswesen an Ausdehnung und Tiefe.

In Italien rivalisiren die politischen Parteien um die Gunst der Genossenschaften. Den größten Erfolg haben die Socialisten, „die die Genossenschaften in Parteinstrumente verwandeln.“

## Versammlungen.

**Eine Parteiversammlung für den 6. Wahlkreis** tagte am 22. Juli in den Germania-Sälen. Zu derselben erstattete der Genosse Fahrenow namens der Vertrauensleute Bericht über die Thätigkeit derselben. Wie der Redner ausführte, ist das Thätigkeitsgebiet der Vertrauensleute infolge der Neu-Organisation wesentlich eingeeengt worden. Dieses beschränkte Thätigkeitsgebiet wurde sodann noch weiter eingeeengt durch den Organisationsstreik im eigenen Lager, der nun wohl hoffentlich endgültig begraben sei. Es fanden im Berichtsjahre zehn öffentliche Versammlungen statt, welche sämtlich stark besucht waren. — Eine Diskussion knüpfte sich an den Bericht nicht. Die Reuewahl der Vertrauensleute ergiebt nachstehendes Resultat: für Mosbit: Fischer; für Mostholer Vorstand und Grundrunden Vitorff; für Schönhauser Vorstand: Wünsch; für Oranienburger Vorstand und Wedding Fahrenow. Sodann hielt Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen Vortrag über den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Junkertum. Die ganze Situation, so führte Redner aus, ipfte sich zu auf den Kampf um den Postarat und wird derselbe die Situation noch auf lange Zeit hinaus verberischen. Aber schon in dem bisherigen Kampf habe die Socialdemokratie den Beweis geliefert, daß sie trotz ihrer numerisch schwachen Betretung im Reichstage doch stark genug sei, den Kampf zu bestimmen, demselben seine Bahnen vorzuschreiben. Die Aufgabe der Socialdemokratie ist es — so schloß der Redner — unter Ausnutzung aller und zur Verfügung stehenden Mittel dahin zu wirken, daß die Niederlage des Junkertums eine vernichtende ist. Kaufsänder Befehl beholte die Ausführungen des Referenten, an die sich eine Diskussion nicht angeschlossen.

**Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter.** Am Dienstag fand in Cölns Festsälen eine Versammlung der zum Streikgebiet Berlin gehörigen Bauarbeiter statt, in der sehr eingehend über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung und deren voraussichtlichen Verlauf beraten wurde. Einem a. m. führte in seinem Referate etwa folgendes aus: Die Lohnbewegung der Bauarbeiter müsse in der Oeffentlichkeit mit ganz andern Augen betrachtet werden, als die modernen Streiks anderer Berufsorganisationen. Während man es bei Maurern, Zimmerern, Holz- und Metallarbeitern usw. mit einer solidität fühlenden, festgesetzten, organisierten Masse von größtentheils gelehrten Berufsarbeitern zu thun habe, setzen sich die Bauarbeiter, und hier vor allem wieder die Lohnarbeiter, aus Leuten aller möglichen Berufe zusammen. In dieser Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise findet ein fortwährendes Kommen und Gehen auf den Bauten statt. Leute, die in irgend einem Beruf arbeitslos geworden sind, drängen sich scharenweise zu den Bauten, um dort, wenn auch nur vorübergehend, Arbeit und Verdienst zu suchen. Nur ein Teil davon bleibt dauernd im Baugewerbe thätig, und dieser schließt sich dann nach und nach denjenigen Arbeitern an, die schon von jeher als Bauarbeiter thätig waren und als die eigentliche, geübte Kerntruppe der Organisation betrachtet werden müssen. Der größte Teil aber sind nur Zuläufer, welche gar nicht die Absicht haben, ständig als Bauarbeiter thätig zu sein.

In diesen Verhältnissen liegt auch die Schwierigkeit begründet, einen groß angelegten Lohnkampf durchzuführen zu können. Hierzu seien die großen Berufsorganisationen weit eher in der Lage, was ja alljährlich zu beobachten ist. Die Bauarbeiter können nur dann in einen solchen Kampf eintreten, wenn es mit Maurern und Zimmerern gemeinschaftlich geschieht. Ist letzteres nicht der Fall, so müssen sie die Taktik des gewerkschaftlichen Kleinrieges anwenden, und das sei in der gegenwärtigen Lohnbewegung geschehen. Man habe die günstige Konjunktur im Baugewerbe ausgenutzt und schrittweise auf einem Teil der Bauten die Forderung eines Stundenlohns von 45 Pf. gestellt. Diese Taktik sei erfolgreich gewesen. Es arbeiten jetzt bereits 1800 Kollegen auf 150 Bauten zu den neuen Bedingungen. Zu unterstützen sind 109 Kollegen mit 171 Kindern. Vorausgabt ist bis jetzt die verhältnismäßig geringe Summe von 7909 M. Da jedoch über 900 Bauten in Arbeit sind, müsse die Forderung auch den noch übrigen Unternehmern unterbreitet werden. Es scheint aber, als sei ein Stillstand in der Bewegung eingetreten; daher müsse darauf gedrungen werden, daß, wo es den Lohnarbeitern an Rat fehlt, diese von den Accordarbeitern zu energischem Vorgehen angepörrt werden.

Die Unternehmer wissen ebenfalls, wie schwierig es ist, die Bauarbeiter zu einem völlig geschlossenen Vorgehen zu bewegen; deshalb hätten sie auch in ihrer letzten Generalversammlung den Beschluß gefaßt, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen und nur in dringenden Fällen nachzugeben, um dann, wenn es ihnen gelungen sei, die Bauten mit den vorhin skizzierten Zuläufers zu besetzen, wieder die alten Löhne zu zahlen. Bei Arbeitsniederlegungen vor Stein- oder Putzträgern wollen die Unternehmer gar auf Verbandslofen die Klage wegen Kontraktbruch gegen jene anhängig machen. Diese Beschlüsse der Unternehmer hätten die arbeitersfeindliche und natürlich auch die sogenannte parteilose Presse veranlaßt, in der gewöhnlichen schadenfrohen Art den Streik der Bauarbeiter als verloren zu bezeichnen. Verloren sei absolut nichts und könne bei dieser Kampfesweise auch nichts werden, weil es den Unternehmern wohl möglich sei, einen oder den andern Bau mit indifferenten Leuten zu besetzen, nicht aber zu einer allgemeinen Ansperrung der eingedienten Bauarbeiter zu schreiten. Ohne diese zuverlässige, ge-

schulte Kerntruppe können die Unternehmer gar nicht fertig werden, und gerade diese Truppe sei das treibende und belebende Element in der Lohnbewegung. Die Ortsverwaltung empfehle daher, daß die jetzt streikenden Kollegen versuchen sollen, auf andren Bauten wieder in Arbeit zu treten, auch wenn sie dort nur 40 Pf. Stundenlohn erhalten. Sobald sie festen Fuß gefaßt haben, sollen sie die indolenten Arbeiter aufrütteln und dann auch hier die Forderung stellen. Auf diese Weise verursahe der Lohnkampf nur geringe Kosten, eine Erschöpfung der Kassen werde vermieden, und den Unternehmern werde eine Bewilligung nach der andren abgezwängt. Bei Firmen, die auf einem Bau betwillingen, auf dem andren nicht, dürste sich vielleicht die Firmensperre empfehlen. Weder die hier empfohlene Taktik allseitig mit der nötigen Energie und Umsicht befolgt, dann sei ein günstiger Ausgang der Lohnbewegung zu erwarten.

In der ausgedehnten Debatte äußerten sich sämtliche Redner zustimmend über den Situationsbericht und befürworteten eine Resolution, die sich mit den Vorschlägen der Lohnkommission einverstanden erklärte. Letztere gelangte einstimmig zur Annahme.

Es folgte noch ein Bericht über die Lohnbewegung der Putzträger. Mit Genehmigung wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Forderungen der Putzträger überall bewilligt seien, nur ein Mann habe Gemahregelungen-Unterstützung erhalten. Die Träger erhalten jetzt 7,50 M. Lohn bei neunstündiger Arbeitszeit und werden nicht mehr von den Putzern sondern von den Unternehmern entlohnt. Auch wollen sie von jetzt ab energisch auf die Befestigung andrer Mißstände, wie die lange Ueberarbeit usw. dringen. — Zum Schluß wurde noch das Unterstützungsregulativ und der abgeänderte Lohn- und Accordarif gutgeheßen.

**Die Mitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse** hatten sich am Sonntag, den 20. Juli, sehr zahlreich in den Germania-Sälen versammelt, um Stellung zu einer Verfügung des Oberpräsidenten von Brandenburg zu nehmen.

Herr Gries berichtete über den Vermögensstand der Kasse, woraus hervorging, daß es bei der gegenwärtigen schlechten Geschäftskonjunktur nicht möglich war, den Reservefonds auf die vorgeschriebene Höhe zu bringen. Dem Oberpräsidenten ist deshalb eine Herabsetzung des Krankengeldes angeordnet worden. In einer stattgefundenen Kundenz hat sich derselbe schließlich mit einer Erhöhung der wöchentlichen Beiträge um 3 Pf. einverstanden erklärt. Hierüber hat die Generalversammlung am 29. Juli zu beschließen. Wichtig sei es daher, heut die Meinung der Mitglieder zu hören. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung hält die Maßnahmen des Oberpräsidenten für ungerrecht, da die Ansammlung des Reservefonds, nach Vorschrift des Gesetzes, eine Härte ist.“

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, Se. Excellenz dem Oberpräsidenten nochmals zu ersuchen, den erlassenen Beschluß, mit besonderer Rücksicht auf die herrschende Krise, zurück zu nehmen. Es scheint dies um so eher angängig zu sein, als die umstehende Schwelerei der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft eine solche Verfügung nicht erhalten hat, trotzdem sie einen Reservefonds nicht besitzt. Sollte dieser Schritt jedoch von keinem Erfolg begleitet sein, so beauftragt die Versammlung die Delegierten, für die geplante Erhöhung der Beiträge einzutreten, auf keinen Fall aber einer Kürzung der Leistungen zuzustimmen. Sie erwartet aber, daß die Delegierten, so bald sich die Verhältnisse der Kasse gebessert haben, eine Ermäßigung der Beiträge beantragen werden.“

**Charlottenburg.** Am 21. d. M. fand die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hiesiger Zahlstelle statt, in welcher der Versuch in eingehender Weise die Situation des Jünnungs-Rachweises darlegte. In der darauf folgenden Diskussion traten sämtliche Redner dafür ein, den Kampf gegen den Jünnungs-Rachweis energisch weiterzuführen. Hierzu wurde folgender Beschluß gegen 7 Stimmen angenommen:

„Die Zahlung des Extrabeitrages von 50 Pf. mit Abschluß der 20. Woche einzustellen, dafür vom 1. August ab einen obligatorischen Beitrag von 60 Pf. pro Woche einzuführen, und zwar so lange, bis der Kampf gegen den Rachweis aufgehoben ist.“ Es wurde ferner beschlossen: „Den Mitgliedern, welche den Extrabeitrag von 50 Pf. nicht vollständig gezahlt haben, bei Ansperrungen, Mahregelungen und Arbeitslosigkeit den fehlenden Betrag vom Lohnzuschuß in Abzug zu bringen.“

## Leipziger Bankprozeß.

Leipzig, 23. Juli. Im Leipziger Bankprozeß betreten die Geschwornen nach fünfjähriger Beratung wieder den Saal. Der Andrang des Publikums war enorm, die Spannung auf das höchste gestiegen. Der Obmann verhandigte folgenden

### Wahrspruch der Geschwornen:

Die Geschwornen haben die Frage wegen des betrügerischen Bankrotts betreffs des Angeklagten Czner bejaht, die Frage wegen Verschleierung betreffs des Geschäftsbereichs und des Exprois bejaht, betreffs des Communiqués verneint, die Frage wegen des Betruges gegen die Firma S. Weichroder verneint, die Frage, ob Czner dadurch eine Verschleierung begangen hat, bejaht, die Frage wegen des Betruges gegen die Firma v. d. Heydt und wegen Antreue, begangen gegen die Leipziger Hypothekbank, verneint, die Frage wegen mildernden Umstände verneint. Die Schuldfragen sind bereift des Angeklagten Dr. Genrich in derselben Weise beantwortet worden, jedoch wurde als nicht erwiesen angenommen daß er Handelsbücher abgeändert hat; außerdem sind ihm mildernde Umstände zuzubilligen. Betreffs des Angeklagten Dodel ist die Frage wegen Antreue verneint, dagegen die Frage wegen Verschleierung mit Ausnahme des Geschäftsbereichs bejaht. Betreffs aller andern Angeklagten haben die Geschwornen die Fragen mit Ausnahme des Communiqués bejaht, ihnen aber mildernde Umstände zugebilligt. Hiermit beauftragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Czner langjähriges Zuchthaus, gegen den Angeklagten Dr. Genrich mehrjähriges Gefängnis, gegen die andern Angeklagten Geldstrafen.

### Das Urteil

lautete gegen Czner auf 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Genrich auf 3 Jahre Gefängnis; jeder derselben erhält sieben Monate auf die Untersuchungsfrist angerechnet; gegen Dodel und Mayer auf eine Geldstrafe von je 15000 M., gegen Riediger auf eine solche von 8000 M., gegen Wölter und Schröder je 18000 M., gegen Förster und Wilkend je 5000 M.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Hamburg.** 23. Juli. (W. L. B.) Der gesunkene Dampfer „Primus“ ist heute abend vom Raucher Wendenhof gehoben worden. Das Schiff soll morgen bei Watterdoff auf Strand geiecht werden. In Riensteden und Umgebung sind bisher 26 Leichen geborgen. Die Mehrzahl ist bereits von Verwandten abgeholt. Die Leichen, die bis Freitag noch nicht relogosiert sind, sollen in Riensteden vorläufig beerdigt werden. Man erwartet, daß von nun an zahlreiche Leichen an den Strand treiben, der stets sorgfältig bewacht wird.

**Aus Weisburg** meldet die „Frankf. Ztg.“ vom 23. Juli: „Das der Gewerkschaft „Amon“ in Dortmund gehörige Eisenfeldbergwerk „Martha“ bei Hirschhausen, das bis jetzt noch die meisten Verletzte beschäftigte, ist vollständig erloschen. Die Maschinen und Pumpen sind verloren. Die ganze Belegschaft ist bis auf wenige Mann entlassen worden. Da der Betrieb der übrigen Eisenstein-Gruben in der Gegend sehr flau ist, haben viele der entlassenen Arbeiter in Bergwerken Lothringens Arbeit gesucht.“



**Lokales.**

**Kirchenbauerei mit Hindernissen.**

In der neuen, an der Seefraße erbauten Kapernaum-Kirche hat am Dienstag eine bemerkenswerte Feierlichkeit stattgefunden. In Gegenwart einer erlesenen Gemeinde, unter der sich auch der unvermeidliche Herr v. Ribach, Oberhofmeister der Kaiserin, befand, ist unter Glockenklang und Posamentenschall der Schlüsselstein des Baues in den Altar eingefügt worden.

Pompaste Schluffsteinlegungs-Feiern zu veranstalten, ist in Berlin bei Kirchenbauten, soviel wir wissen, im allgemeinen nicht üblich, namentlich nicht bei einer simplen Dugendkirche, wie es das Kapernaum-Kirchlein in Berlin-Nord ist. In diesem Falle lag aber für unsere Kirchbaufreunde ein aparter Anlaß vor, ihre Freude über die glückliche Vollendung des Werkes nicht bis zum Tage der Einweihung aufzusparen. Der Erbauung der Kapernaum-Kirche haben sich Schwierigkeiten ganz ungewöhnlicher Art entgegengestellt. Noch nach der Grundsteinlegung schien es lange Zeit hindurch fraglich, ob der Bau überhaupt jemals zu stande kommen würde. Bei der Grundsteinlegung selber hatte man in Anbetracht der besonderen Umstände, unter denen sie vorgenommen werden mußte, auf jedwede Feiertage verzichtet — ein Grund mehr, sich jetzt eine möglichst feierliche Schluffsteinlegung zu gönnen, die als Ersatz für den entgangenen Pomp der Grundsteinlegung gelten kann.

Die von der Kaiserin unterfertigte, in den Altar eingemauerte Stiftungs-Urkunde schildert (wie bürgerliche Blätter melden) eingehend die Sorgen und Kämpfe, die an der Wiege dieses Baues gestanden. Schade, daß nicht der Wortlaut der Urkunde veröffentlicht worden ist! Die Erbauung der Kapernaum-Kirche bildet ein so eigenartiges Kapitel aus der Geschichte der Berliner Kirchenbauerei, daß es wirklich von Interesse ist, zu wissen, wie man sich in der Urkunde mit den Einzelheiten abgefunden hat. Der Geistliche, der bei der Schluffsteinlegungs-Feier die Predigt hielt, berührte die Schwierigkeiten, denen der Bau begegnet, und dankte allen, die seine Vollendung dennoch ermöglicht. Auch dem Grafen v. Oppersdorf dankte er. Dieser Graf v. Oppersdorf, seiner Zeit kaiserlich-königlicher Kammerer in Wien, hat von den ausgedehnten, damals noch wenig wertvollen Ländereien, die er hier in Berlin an der Seefraße besaß, den Grund und Boden für die Kapernaum-Kirche geschenkt. Vor jetzt 10 Jahren hatte die Stadt Berlin zur Freilegung der Seefraße Land teils von ihm gekauft, teils als „Geschenk“ von ihm erhalten, aber nach ein paar Jahren forderte der Herr Graf das „Geschenk“ zurück und gewann den von ihm angestrebten Prozeß, weil der Magistrat bei der Annahme der „Schenkung“ einen Formfehler begangen hatte. Von dem auf diese Weise wiedergewonnenen Lande spendete Herr v. Oppersdorf ein Grundstück für die Kapernaum-Kirche. Ob ihn pure Frömmigkeit dazu trieb, oder ob er von dieser neuen Schenkung eine schnellere Regulierung und Bebauung der Seefraße erwartete — wer weiß es?! Er erbot sich sogar, noch bare 20 000 M. draufzulegen, aber stellte die Bedingung, daß der Grundstein bis zum 1. Oktober 1897 gelegt sein müsse. Um diese Bedingung zu erfüllen, wurde der Grundstein in größter Eile noch am 30. September 1897 ohne alle Formlichkeit in Gegenwart von wenigen Personen gelegt, nachdem die Sache bei den Behörden mit Hilfe des Telegraphen geregelt worden war. Daß ein Teil des geschenkten Grundstücks und namentlich die Stelle, an der man den Grundstein in die Erde versenkt hatte, nach dem Bebauungsplan zukünftiges Straßenland war, machte unsren Kirchbaufreunden zunächst keine Sorge. Sie hofften, die Stadtgemeinde werde ihnen zuliebe den Bebauungsplan ändern. Diese Hoffnung, für deren Erfüllung Anfangs sogar der Magistrat eintrat, wurde allerdings zu nichts. Es ist den Erbauern der Kapernaum-Kirche nichts andres übrig geblieben, als sich in den Bebauungsplan zu fügen und sich mit dem Geschenk des grundstücksegneten Grafen entsprechend einzu-

richten. Uebrigens wäre auch aus diesem Geschenk beinahe wieder nichts geworden. Der Herr Graf hätte sich eine Zeit lang in völliges Schweigen, als wäre ihm die Sache wieder leid geworden, so daß man noch mehrere Monate nach dem für die Auflassung festgesetzten Termin nicht wußte, ob die Schenkung wirklich vollzogen oder wieder zurückgenommen war.

Die Frommen aus der Seefraße haben in der That allen Grund, sich darüber zu freuen, daß sie ihre Kirche trotz aller Schwierigkeiten, Hindernisse und Gefahren nun doch noch fertig haben. Eine einzige Sorge nur wird vielleicht den einen und den andern noch quälen. Ist jener „Grundstein“ vom 30. September 1897 unter der heutigen Seefraße liegen geblieben oder ist er wieder ausgegraben und an anderer Stelle neu in die Erde versenkt worden? Man hat sogar nichts darüber gehört! Am Ende hat die Kirche nun überhaupt keinen richtigen „Grundstein“ und muß sich mit dem „Schluffstein“ begnügen —?

**Ein Muster für Berliner Magistratsadressen.**

Der Prinz Albert, der berufen ist, seiner Zeit König der Belgier zu werden, richtete an die Verwaltung des „Vooruit“ in Gent die Bitte, ihm eine Besichtigung dieses größten und musterhaften genossenschaftlichen Betriebes von Belgien zu gestatten, da er schon häufig von dieser Kooperationsgenossenschaft gehört habe, und da er von dem Wunsch beseelt sei, sein ganzes Volk nicht bloß vom Hörensagen, sondern durch persönliche Erfahrung kennen zu lernen. Die Direktion des „Vooruit“ gab dem Prinzen Albert folgende Antwort: „An den Prinzen Albert zu Brüssel.

Mein Herr Albert und verehrte (aimable) Elisabeth! Antwortlich Ihres geehrten Briefes haben wir die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß unsere Einrichtungen jederman zugänglich sind. Wir würden uns sehr freuen, Ihnen zeigen zu können, was das Volk leisten kann und Sie davon zu überzeugen, daß die Socialisten keine Fessler sind, wie man Ihnen häufig glauben zu machen sucht. Da wir unsere Magazine am Sonntag 12 1/2 U. r. schließen, so würden Sie uns sehr verpflichtet, wenn Sie sich vor dieser Zeit einstellen wollten, damit unser Personal seiner So. ntagruhe nicht verlustig zu gehen braucht. Unser pensioniertes Mitglied De Voore hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, Ihnen als Führer zu dienen und Ihnen alle Auskunft zu geben, die Sie wünschen.

Empfangen Sie, liebe (chers) Albert und Elisabeth, unsre brüderlichen Grüße.

Die Direktion des „Vooruit“.  
Für die richtige Abschrift: J. Dagobert.

Als Schutzvorrichtung an den Straßenbahnwagen wird, so meldet eine Korrespondenz, wahrscheinlich in aller nächster Zeit das Fanganetz eingeführt werden, da sich dieses System bei den seit einigen Wochen ununterbrochen angestellten Versuchen am besten bewährt hat. Damit findet denn auch das im Publikum verbreitete Gerücht seine Erledigung, daß diese so wichtige Frage von der Direktion der Berliner Straßenbahn vernachlässigt worden wäre. Seitens der zuständigen Aufsichtsbehörde wird nach wie vor der Probetrieb der etwa 50 veruchsweise angebrachten Schutzvorrichtungen überwacht. Es sind, wie die amtlichen Erhebungen ergeben haben, allerdings diese Schutzvorrichtungen bis jetzt etwa nur zehnmal in Aktion getreten, daß man sich nach diesen noch nicht ein definitives Urteil hat bilden können. Die bisher angestellten Beobachtungen haben indessen genugsam ergeben, daß durch die Schutzvorrichtungen in der That die Betriebs- und Verkehrssicherheit ganz bedeutend gehoben wird, denn es ist erwiesen, wie bei vorgekommenen Unfällen lange nicht so tödliche und schwere Verletzungen konstatiert worden sind, als wenn die Straßenbahnwagen ohne jede Schutzvorrichtung wären. Am deutlichsten hat sich dieses bei dem Fanganetz gezeigt, denn dieses hat in den meisten Fällen eine tödliche Schädelverletzung verhindert, die sonst bei dem ersten Anprall gegen den vorderen Teil des Wagens unvermeidlich ist. Denn diese Fanganetzvorrichtung hat die Eigenschaft, den vor dem Wagen Stehenden oder Laufenden so zu fassen zu bringen, daß er sofort hinfällt und von dem sich ihm entgegen-

pressenden Fanganetz sicher aufgefangen wird. Daher würde bei dieser Art Schutzvorrichtung eine Schädelverletzung völlig ausgeschlossen sein; auch kann der Verunglückte infolge dessen nie unter die Plattform des Wagens gelangen, wodurch auch äußerst schwere Verletzungen hervorgerufen wurden. Ein deutlicher Beweis für die Vorteilhaftigkeit der Fanganetze ist, daß kürzlich ein großer Hund, der anscheinend seinen Herrn aus den Augen verloren hatte und wie wild in der Leipzigerstraße gegen einen Straßenbahnwagen lief, von dem Fanganetz mit spielender Leichtigkeit aufgefangen wurde und gänzlich unverletzt blieb. — Offenlich bestätigt sich diese Meldung. Vermutlich wäre man schon zu einem abschließenden Urteil über den Wert der verschiedenen Schutzvorrichtungen gelangt, wenn man statt 50 einige hundert Wagen mit solchen ausgerüstet hätte.

Die Einführung des elektrischen Betriebes der Vorortbahnstrecke Potsdamer Bahnhof—Groß-Lichterfelde-Ost ist, wie bereits mitgeteilt wurde, endgültig beschlossen worden. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um einen Versuchsweg, sondern um einen ständigen elektrischen Vollbetrieb, zwischen welchem Dampfzüge nicht eingelassen werden. Es ist zunächst die Beschaffung von sechs Zügen, bestehend aus je zwei Wagen dritter Klasse und einem Wagen zweiter Klasse, in Aussicht genommen. Die Wagen dritter Klasse enthalten neun Abteile für die Fahrgäste, ein Führerabteil und einen Gepäckraum. Die Wagen II. Klasse, welche in den Zügen als Mittelwagen fahren werden, haben sieben Abteile und einen Heizraum, in dem auch Führerapparate aufgestellt werden. Jeder der drei Waggons wird mit Motoren ausgerüstet; die Steuerung derselben erfolgt gemeinsam von dem Führerstand des vordersten Wagens. Die Motoren sind so stark bemessen, daß noch drei Personenvagen der gegenwärtig gebräuchlichen Type mitgenommen werden können. Der Betrieb erfolgt mit Gleichstrom von 600—650 Volt, welcher einer zwischen den Geleisen verlegten Schiene entnommen wird; die Rückleitung findet durch die Fahrchienen statt. Die Lieferung des Stromes wird von dem Electricitätswerk „Süd-West“ in Schöneberg besorgt. Die ganze Strecke ist 9,2 Kilometer lang und enthält fünf Haltestellen. Die Fahrtdauer vom Anfang bis zum Endpunkte wird 17 Minuten, die höchste Geschwindigkeit ca. 45 Kilometer in der Stunde betragen. Das Projekt rührt von der Electricitäts-Gesellschaft Union her, welche auch die Ausführung übernommen hat.

Dritte Erweiterung des Hauptpostgebäudes. Beim Hauptpostgebäude auf dem Wock zwischen der Spandauer-, König-, Heiligen Geist- und Kleinen Poststraße mit den Diensträumen der kaiserlichen Ober-Postdirektion, des Hof- und des Brief-Postamts geht jetzt die zweite Erweiterung längs der Kleinen Poststraße ihrer Vollenendung entgegen und wird in Beugung genommen. In den oberen Räumen, für die Ober-Postdirektion bestimmt, bietet dieser Teil ausgedehnte Räumlichkeiten für die Abfertigung des Hof-Postamts, das die Paket- und Geldbestellung im Bezirk des Brief-Postamts ausführt. Ein langer, glasbedeckter Laderaum zieht sich an der Nordseite des Hofes entlang. Mit der Vollenendung dieses zweiten Teiles der Erweiterung beginnt nunmehr der dritte Bauabschnitt. Die Grundstücke Spandauerstr. 23 von Demuth und 24 von Jüngling sind von der Postverwaltung schon seit Jahren erworben und in vorläufiger Beugung genommen. Sie werden niedergelegt, um einer Verlängerung der Hauptfassade in der Spandauerstraße Platz zu machen. In ebener Erde wird eine Paketannahme mit einer Länge von 40 Meter geschaffen, die allen Anforderungen genügen dürfte. In die Mitte kommen zwei geräumige Zufahrten, an die Seiten je ein Ausgang. In der Architektur wird sich dieser Teil dem älteren Bau in der Spandauerstraße anschließen. Das erste und zweite Stockwerk paßt sich den Höhen des alten Baues an.

Flachbahn über der Untergrundbahn. In der Hardenbergstraße werden jetzt vom Bahnhof Zoologischer Garten an die Geleise für die Flachbahn verlegt, die sich in Zukunft in der Mitte des Jägerdamms auf besonderen für die Straßenbahnwagen bestimmten Perrons bewegen wird, die genau über der Untergrundbahn liegen. Zwischen der Kaiser Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und der Station Zoologischer Garten sind neue Geleise in dieser Art bereits verlegt worden und werden auch von den in die Joachimsthalerstraße einbiegenden Wagen der Charlottenburger Linien seit kurzem befahren.

Die Umgestaltung des Wäcker-Platzes, wie sie der Magistrat plant, ist jetzt vom Polizeipräsidium geprüft und im großen ganzen

**Die Tänzerin des Königs.**

Aus dem gestern erwähnten Bericht des österreichischen Polizeibeamten Hiners über die Vorgänge in Bayern 1847 (veröffentlicht von Professor A. Journer in N. Reichers Deutscher Revue) sind noch folgende Stellen mitzuteilen wert:

Wegen des bisherigen Einflusses der Geistlichkeit und seiner gegenwärtigen Gefährdung durch den Umsturz der Dinge fürchtete die neue Partei sehr die herannahende Osterzeit, wo das Landvolk in ganz Bayern beichtet, und man hegt die Befürchtung, diese Gelegenheit werde von der Geistlichkeit sicher dahin benutzt werden, um das Landvolk gegen den König und das Lola-Verhältnis noch mehr aufzubringen, um so die neue Partei vom Auser zu bringen, die dieses Verhältnis des Königs dulde. Auch dem König dürften alle diese Bestrebungen wohlbekannt sein, und es wird in München als wahres Faktum erzählt, daß der König kurze Zeit nach dem Lola-Zummut zwei Sangesgeistlichen in München auf der Gasse begegnet und in seiner eigentümlichen Weise mit der Frage überredet hätte: „Wo! betet ihr denn fleißig am Lande für Euren narrierten König?“ worauf die verblüfften Geistlichen nur ein: „Ja, Euer Majestät“ hervorgebracht hätten. Ebenso soll in einer französischen Erziehungsakademie in München der Religionslehrer die diese Schule besuchenden Mädchen alle Tage ungeschont für den verwirrten König beten lassen, daß ihn Gott bald erluchte und er seine Maitresse weggäbe, indem es ihn nichts nütze, Kirchen gebaut und sonstige gute Werke verrichtet zu haben, wenn er nunmehr einen so sinnhaften Lebenswandel führe. Eine Frau v. Sennefelder, deren Tochter aus dieser Schule nach Hause kam und die Mutter fragte, was eine Maitresse sei, erzählte diesen Vorfall dem Saphir und nahm ihre Tochter aus dieser Schule sogleich heraus. In dieser Weise, fürchtete man, werde die Geistlichkeit wirken und wahrscheinlich eine noch größere Aufregung des Volkes oder gar Exzesse veranlassen.

Man ist in München vielseitig der Ansicht, hätte die Lola getanzt und der König hätte sie zum erstenmal im Theater als Tänzerin gesehen, ohne eine so stürmische, teilweise interessante Introduction bei ihm, so wäre die Geschichte wahrscheinlich in dem Genre der früheren Liebesverhältnisse des Königs mit der Wesperrmann, Dahn u. abgegangen und hätte keinen so eigentümlichen Charakter angenommen.

Lola wohnte anfangs im Hotel zum Hirschen beim Garbar und kam in Gesellschaft eines Engländers nach München, ihres wahrscheinlichen Souteneurs. Gleich im Anfang hatte sie in diesem Hotel mit dem Dienstpersonal die beständigen Auftritte und Kämpfe und prägte einmal den dortigen Hausknecht mit der Reitpeitsche durch, was das ganze Dienstpersonal gegen sie sehr erbittert hatte. Einmal gab die Münchener Wäcker einen geschlossenen Ball in dem Saale dieses Hotels, wobei die Lola mit ihrem Engländer unverkämmt genug war, sich in die Thüre des Tanzsaals zu stellen, die Gesellschaft frech zu loguetieren und unverschämte Bemerkungen über sie zu machen. Als der Wäcker, von der Gesellschaft aufgefordert, ihr hierüber Vorstellungen machte und deshalb mit ihr in einen Streit geriet, gab sie ihm eine Ohrfeige, worüber sie mit ihrem Engländer von dem Wäcker

und einem Schneidermeister über die Stiege herabgeworfen wurde. Den andern Tag mußte sie ausziehen und wohnt jetzt seit langer Zeit in der vom König für sie gemieteten Wohnung in der Theresienstraße Nr. 8a, wo auch der letzte Exzess vorkam.

Ihrer Figur und ihrem äußeren interessanten Wesen nach sieht sie so ziemlich der hiesigen Hofballspielerin Pöche gleich, ist jedoch spitziger und hat ein volleres Gesicht, sehr schöne dunkelblaue Augen bei lohlschwarzen Augenbrauen und Haaren, hat einen hübschen Mund, einen gefälligen drüneten Teint, sieht jedoch ziemlich abgelebt aus und dürfte bei dreißig Jahre alt sein. Sie muß ein Wesen von einem äußerst unerschämten, exzentrischen Charakter und mit einem mehr als gewöhnlichen männlichen Mut begabt sein. In ihrem Verhältnis zum König übernimmt sie sich auf eine sehr besonnenweise Weise. „... trägt es ganz offen zur Schau. So unterwarf sie sich anfangs wiederholt in ihren Briefen „Maitresse du Roi“, bis es ihr der König verboten hatte. In den Läden Münchens zahlte sie selten die bedeutendsten Einkäufe, sondern pflegte zu sagen: „Sie kennen mich schon, der König, oder mein Louis, wird es schon zahlen.“ Sie war sogar frech genug, in den Münchener Lokalblättern Anzeigen einreichen zu lassen, daß sie weiterhin keine Gnade suche annehmen könne. Einem Schaffner, dessen Hund das Händchen der Lola auf der Gasse gebettelt hatte, gab sie in conspectu populi mehrere Ohrfeigen, und damals schon wäre ein Aufstand entstanden, wenn die Gendarmen nicht zur rechten Zeit bei der Hand gewesen wäre. Nach dem letzten Zummut vor ihrem Gange soll sie einem sie besuchenden Fremden auf die Frage, wen sie am häufigsten bei sich sehe, geantwortet haben: „La Canaille et le Roi“. Mit den Parteien in dem Hause, wo sie wohnte, hatte sie anfangs sehr viel gemeine Exzesse und Meinungen, bis endlich mehrere Parteien zur Polizei gefordert und ihnen Ruhe bei sonst exemplarischer Bestrafung aufgetragen wurde. Schande, Nieder und sonstige Kleidungsstücke soll sie sich von den betreffenden Gewerksleuten ungeschont an jedem Teile des Körpers nach ummessen lassen. ...“)

Der König baut gegenwärtig für die Lola ein ganz neues Haus in der Barenstraße, das mit eisernen Fensterläden versehen ist, damit sie bei einem abermaligen Aufstande vor Steinwürfen und Schüssen geschützt sei. Mit dem Hauseigentümer Irleim, bei dem die Lola gegenwärtig wohnt, ist der König in Unterhandlung, um der Lola auch das jetzt von ihr bewohnte Haus zu kaufen, und hat zugleich dem Irleim, der ein Wäckermeister ist, den Auftrag gegeben, noch einen dritten Platz auszusuchen und anzukaufen, worauf der König ein drittes Haus für sie bauen lassen will. Der Irleim war vor kurzem ein mittelloses Mann, jetzt wird sein Vermögen infolge königlicher Munizenz auf 80 000 Gulden geschätzt. Auch hat ihm der König erlaubt, sich noch eine besondere Gnade auszubitten, was jedoch Irleim bis jetzt zu thun unterlassen hat. Nach der Versicherung dieses Irleim soll der König alle Tage drei- bis viermal zu der Lola kommen.

\*) Hier folgt in dem Berichte eine Stelle über die Art ihres Verkehrs mit dem Könige, der ihr den vertrauten Umgang mit dem Artillerie-Oberleutnant R. gestattet habe. Mit dem letzteren habe dann das gesamte Offiziercorps alle Beziehung abgebrochen. Die Pointe selbst hat später in ihren Vorträgen über ihre Erlebnisse des Königs Leidenschaft für sie als eine edlere bezeichnet. (Original, S. 258.)

Nach dem Lola-Exzesse, besonders als sich am zweiten Tage abermals zahlreiche Volksaufen in drohender Haltung vor dem Hause der Lola versammelten, war sie willens, München zu verlassen, wovon sie der König jedoch abgehalten und bei fünfzehn ihm ergebene Offiziere zu ihr geschickt hat, um sie der Treue und des Schutzes der Truppen zu versichern zu lassen.

Seit dem Zummut steht ein Gendarm Posten mit Ober- und Unterwaffe gegenüber von ihrem Hause, um sie zu sichern, und häufige Patrouillen durchziehen diese Gasse. Wenn sie ausfährt, so reitet beiläufig zwanzig Schritte vor und hinter ihrem Wagen ein Gendarm. Unter solcher Bedeckung sah ich sie wenigstens am 8. d. M. in ihr neues Haus fahren, wo sie ansitzte und bei einer halben Stunde verweilte, während die berittenen Gendarmen bei ihrem Wagen hielten. Bei einem späteren Besuche in ihrem neuen Hause, wobei sie der König begleitete, gefiel der Lola ein Plafond nicht, und sie drang in den König, ihn abermalen zu lassen, worauf der König nicht eingehen wollte. Hierauf fragte sie den mit seinem Gefolge anwesenden Maler, was der Plafond koste, der ihr erwiderte: „Fünfhundert Gulden.“ Die Lola bemerkt darauf, sie wolle sich ihn aus Eigenem malen lassen, und zum König gewendet, sagte sie in gedrohenem Ton: „Du bist ein alter Geizhals“, der aber diese deutsche Phrase von der Lola, die er immer zum Deutschlernen antreibt, so erzieht war, daß er sogleich die Umarmung des Plafonds anordnete.

In München wie allgemein erzählt, der König habe der Lola zum letzten Geburtstage 40 000 Gulden und ein Silberervice um 6000 Gulden geschenkt. Im Theater erscheint sie ungeniert, selbst wenn der König und die Königin anwesend sind, und zwar in einer neben der großen mittleren Postloge befindlichen und für sie bestimmten Loge. Uebrigens wird in München jedermann, der mit ihr umgeht, von der öffentlichen Meinung postuliert und von der übrigen Gesellschaft ausgeschlossen, so daß der Schriftsteller Pödy, als von ihm bekannt wurde, er besuche das Haus der Lola, von der Table d'hôte, wo er täglich speiste, von den übrigen Gästen sogleich ausgeschlossen worden ist. Saphir wurde sowohl vom Könige als der Lola bereits eingeladen, sie zu besuchen, was er jedoch erst unmittelbar vor seiner Abreise zu ihm gedenkt, um nicht in der öffentlichen Meinung derart zu sinken, daß er mit seinen Vorlesungen scheitern dürfte.

Ihre Tendenz, sich in politische Dinge zu mischen, dürfte gleich anfangs nicht zu verkennen gewesen sein, denn sie soll gleich im Anfange der wegen ihr zwischen dem Könige und den Ministern entstehenden Meinungen wiederholt und offen sich geäußert haben, sie werde nicht eher ruhen, bis das „Pöffen“ oder „Kattenministerium“ gestürzt sei. Ihre Umgebung und Gesellschaft besteht aus ihrer Gesellschaftlerin, der ehemaligen Tänzerin am Käntnertheater-Theater Angioletta Raier, ihrem Liebhaber, dem Oberleutnant R., der in politischer Beziehung eine Null sein soll, dann aus dem königlichen Stabsarzt Curtius, dem Ministerialrat und Professor Herrmann und dem Schriftsteller und stehenden Münchener Korrespondenten für die „Allgemeine Zeitung“ Pödy, und die zwei letzteren dürften für sie wahrscheinlich die Einflüsterer in politischen Dingen abgeben.



genehmigt werden. Im Verkehrsinteresse wünscht die Aufsichtsbekörde noch einige kleine Änderungen des Projekts, wie sie zum Teil aus dem Verkehrsverein Velle-Alliance angeregt worden waren. Die beabsichtigte Vergrößerung der Schutzlinien dürfte den Fußgängern, welche den Platz in der Richtung nach der Velle-Alliancestraße und der Blicherstraße überschreiten wollen, wesentlich zu fluten kommen. Neuerdings hat der genannte Verein noch auf die störenden Aufstellungsgelände der Großen Berliner Straßenbahn auf der Südseite des Blicherplatzes aufmerksam gemacht und deren Verfestigung in Vorschlag gebracht. Es liegen hier, vor den Grundstücken des Berliner Expeditions-Vereins, vier Straßenbahngeleise parallel nebeneinander, von diesen werden die nördlichen von den Wagen der Vorortbahn in Anspruch genommen, während die südlichen Geleisepaare nur Sonntag nachmittags zur Aufstellung der Einfahrgassen Blicherplatz-Tempelhof-Marienborf gebraucht werden. Dieser Seitenweg wird gestrichelt von den Aufsichtern gemeldet, selbst wenn derselbe wochentags von der Straßenbahn nicht benutzt wird. Es liegt daher eine Platzveränderung vor, die durch nichts gerechtfertigt erscheint. Der von den Geleisen freizumachende Fahrdamm wird für die Fußverke, welche von der Blicherstraße direkt in die Velle-Alliancestraße einbiegen resp. den umgekehrten Weg einschlagen wollen, gern benutzt werden und damit zur Entlastung des Platzes, der mit Recht als einer der „unglücklichsten Berlins“ bezeichnet wird, wesentlich beitragen.

Eine noble Arbeitgeberin ist ohne Zweifel die „Gesellschaft der Berliner Trinkhallen“ in der Stallgasse. Die Arbeiterzeit ihrer ca. 24 Verkäuferinnen ist eine unendliche; sie beginnt morgens um 7 1/2 Uhr und dauert ohne Pausen, bis der Schließer kommt, um die Verkaufspavillons zu schließen. Dieses richtet sich ganz nach den Bitterungsverhältnissen, denn ist es heiß, so giebt es bei dem Publikum Durst, und dann hat die Gesellschaft eben ein hohes finanzielles Interesse daran, ihre Trinkhallen möglichst lange offen zu halten. Nicht selten dehnt sich danach die Arbeitszeit der Verkäuferinnen bis um 11 und 11 1/2 Uhr nachts aus, was einer ununterbrochenen Arbeitszeit von ca. 16 Stunden gleichkommt. Die Bezahlung ist dafür aber eine geradezu färsliche! An „Gehalt“ erhalten die geprüften Verkäuferinnen sage und schreibe 1,70 Mark pro Tag, oder nicht viel mehr als 10 Pfennig pro Stunde. Das heißt, diesen Lohn bekommen nur die Verkäuferinnen derjenigen Trinkhallen, mit welchen zugleich der Zeitungsvertrieb verbunden ist. In vier dieser Hallen ist das nicht der Fall, dort erhält die Verkäuferin auch nur 1,50 Mark pro Tag! Eine weitere Eigentümlichkeit der Gesellschaft ist der Kalender, über welchen sie verfügt; nach diesem hat z. B. der Monat Mai nur 30 Tage, ergo zahlt die Gesellschaft auch nur 30 x 1,70 Mark = 51 Mark „Gehalt“. Den 31. Tag im Monat hat die Verkäuferin das Vergnügen, umsonst zu arbeiten! Doch halt, die Gesellschaft gewährt ihren Verkäuferinnen auch noch einen freien Tag im Monat, und überläßt es den Verkäuferinnen, sich schon wochentags vorher diesen „freien“ Tag auszusuchen, um ihn dem Comptoir anzuzeigen! Erwähnt sei noch zur Ehre dieser hochnoblen Gesellschaft, daß sie ihren Verkäuferinnen täglich — ein Glas Selters oder Soda großmütig gratis gewährt! — Damit die Verkäuferinnen ja nicht aus den Gedanken kommen könnten, daß sie Handlungsgehilfinnen seien, und damit ihnen ob ihrer färslichen Stellung nicht etwa der Rannm allzusehr schwele, ist mit ihnen eine Kündigungsschrift von 14 Tagen verabredet. Das verstößt direkt gegen die klaren Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs, welches als Minimum eine einmonatliche Kündigungsschrift (ohne Gehaltsabzug in Krankheitsfällen) vorschreibt.

Defraudationen bei der preussischen Seehandlung. Nach Unterzeichnung von 53 500 Mark einlässlicher Gelder flüchtig geworden ist der Kassenvote Friedrich Wagner, der bei der preussischen Seehandlung, Behrenstraße 47, angestellt war. W. erhielt gestern morgen den Auftrag, für ca. 200 000 Mark Coupons und Wertpapiere bei verschiedenen Banken einzulösen. Er verließ die Wertpapiere in seiner Ledertasche aufbewahrend, um 1/10 Uhr seine Dienststelle und nicht spät zwischen 2 und 1/2 Uhr zur Abrechnung nach der Seehandlung zurückzukehren. Er erschien aber nicht, sondern gegen 3 Uhr kam an feierstatt ein Dienstmann, welcher die Tasche, die noch 150 000 Mark Coupons und Wertpapiere enthielt, abliefern. Der Dienstmann gab an, daß ihm diese Tasche gegen 12 Uhr am Potsdamer Platz ausgehändigt worden sei mit dem Auftrage, sie gegen 3 Uhr in der Seehandlung abzuliefern, aber nicht früher. Wie festgestellt wurde, hatte Wagner auf der Diskonto-Bank und Deutschen Bank für ca. 53 500 Mark Coupons und Effekten umgewechselt und hierfür als Gegenwert etwa zur Hälfte Gold und zur Hälfte Banknoten erhalten. Der Kassenvote, welcher sich mit dem Rückplan jedenfalls schon seit längerer Zeit getragen, hatte davon Abstand genommen, auch die übrigen Werte umzuzeigen, da dies sehr viel Zeit in Anspruch genommen hätte und er somit nicht genügend Vorsprung bei der auszuführenden Flucht gewinnen konnte. Die Effekten vermochte der Defraudant nicht zu verwerten, da dieselben sämtlich notiert sind und er schied sie deshalb in der oben geschilderten Weise an seine Dienststelle zurück. Auch die Nummern der im Besitz Wagner's befindlichen Banknoten sind festgestellt, doch dürfte er diese, wie angenommen wird, bereits umgewechselt haben. Hierüber werden, da das Kammerverzeichniß sämtlicher Geldwechsel-Instituten und Bankiers gestern abend respektive heute früh zugeestellt worden ist, im Laufe des Tages Feststellungen ermöglicht werden. Der Flüchtige, welcher etwa 40 Jahre alt und von großer, schlanker Figur ist, hat einen dunkelblonden, starken Schmirbart mit hohen Spitzen und gleichfarbiges volles Kopfhaar. Er diente bei einem Mannen-Regiment, von welchem er nach 12jähriger Dienstzeit im Jahre 1894 zu der Berliner Schutzmansschaft überging. Als Polizeibeamter führte er sich stets gut auf, so daß er sich die volle Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erwarb. Am 1. Oktober vorigen Jahres schied er aus der Schutzmansschaft aus und übernahm zu diesem Termin die Stellung als Kassenvote bei der preussischen Seehandlung. Auch hier galt Wagner stets als pflichtgetreuer Beamter, dem oft noch größere Summen, als dies gestern der Fall war, anvertraut wurden. Eine in der Diefenbachstr. 30 belegene Wohnung des Defraudanten, welcher verheiratet ist, vorgenommene Hausdurchsuchung blieb erfolglos. Auch Frau W. hat zweifellos keine Ahnung von dem Verbleib ihres Mannes. Die Behörde nimmt an, daß der Flüchtige nach einem bestimmten, genau festgelegten Plan Berlin mit der Bahn verlassen hat, um mit Fahrtunterbrechungen das Ausland zu erreichen. Die hiesigen Bahnhöfe, sowie auch die Stationsbeamten und Bahnhofspolizisten auf den von Berlin abgehenden Hauptstrecken wurden von der Flucht des W. telegraphisch verständigt; trotzdem konnte die von dem Kassenvote eingeschlagene Fahrtrichtung nicht festgestellt werden.

Im Tiergarten erhängt hat sich ein Greis, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Gestern morgen um 5 1/2 Uhr fanden zwei Arbeiter ihn an der Seigelsallee dicht hinter dem Denkmal Albrechts II. an einem Baume hängen. Schutzmänner schnitten die Leiche ab und ließen sie nach dem Schauhaus bringen. Der Mann ist etwa 70 Jahre alt, hat blondes, zum Teil ergrautes Haar und einen weißen Vadenbart und trug einen grauen Rock, eine braune Weste, graue Hosenkleider und einen schwarzen Filzhut.

Auf offener Straße vom Schläge gerührt wurde vorgestern, Diensttagabend um 9 Uhr, der 39 Jahre alte Kaufmann Max Schwarz aus der Petersburgerstr. 43/44. Der Mann wollte einen Bekannten in der Alexanderstraße besuchen. Auf dem Wege dorthin brach er vor dem Hause Landsbergerstr. 66 zusammen und starb auf dem Platz des Hauses unter den Händen eines Arztes, den ein Schutzmann geholt hatte. Die Leiche wurde unter einem großen Menschenauflauf nach der Wohnung gebracht. Der Verstorbene war in einer Nähmaschinenhandlung in der Kronenstraße angestellt, seit 8 Jahren bertheuert und Vater eines siebenjährigen Sohnes.

Wühlerischer Tod. Der in der Blockfabrik von Schönfeld, Deuthstraße 1, angestellte Buchhalter Klein, ein hoher Sechziger, wurde am Mittwochnachmittag 5 Uhr im Comptoir plötzlich von einem Herzschlag getroffen.

Berlin als Weibierstadt. Daß der Weibierkonsum in Berlin einen erheblichen Rückgang erfahren hat, ist eine erwiesene und unbestrittene Thatsache. Das einst in Berlin dominierende Weibier hat der übermächtigen Konkurrenz der hiesigen und fremden bayerischen Biere nicht Stand zu halten vermocht. Die Zahl der alten Berliner Weibierneigen ist auf ein Minimum zusammengeschmolzen und die Zahl der lokalhistorischen Weibierphilister ist noch eine bescheidene. Das Weibier wurde immer mehr verdrängt, je mehr die Qualität der Berliner bayerischen Biere zunahm. Der erhebliche Rückgang des Weibierkonsums ist aber erst neueren Datums. Er datiert aus der Zeit, als die 1/2 Liter-Auskünfte direkt vom Faß für 10 Pf. ausliefen und seitdem eine ungeahnte Ausdehnung gefunden haben. Auch der fabelhaft gesteigerte Flaschenbierhandel der Brauereien und das billige Jungbier, welches den „kleinen Leuten“ einen beliebigen Hausbrand liefert, haben das ihrige dazu beigetragen. So ist es denn gekommen, daß selbst ein heutiger Berliner „Cubiler“, der bis noch vor wenigen Jahren über einen aus Handwerkern und Arbeitern sich rekrutierenden Stamm von Weibiertrinkern verfügen konnte, heute nicht viel mehr als die Hälfte von dem Quantum Weibier auskünfte, welches er vor etwa fünf Jahren verbrauchte. Wenn nun auch eine Verminderung des Weibierkonsums im engeren Berlin eingetreten ist, so bedeutet diese Thatsache democh keine wirtschaftliche Schädigung der Weibierbrauereien. Haben sich die Berliner mehr dem Weibiere entfremdet, so sind die Bewohner der aufblühenden hauptstädtischen Vororte um so größere Weibierfreunde geworden. So hat sich z. B. im vorigen Jahre in den Vororten der Verbrauch an Weibier im Vergleich zu mehreren vorhergegangenen Jahren um mehr als das Doppelte gesteigert. Also huldigt das moderne Groß-Berlin doch immer pietätvoll dem Weibier und die „Nähe Bloude“ bleibt nach wie vor ein beliebtes Getränk der Berliner. Besonders in der heißen Jahreszeit wird dieselbe in vielen Fällen sogar von nicht gewohnheitsmäßigen Weibiertrinkern dem bayerischen Biere vorgezogen. Somit hat Berlin bis auf den heutigen Tag noch immer das Recht, als spezifische „Weibierstadt“ zu figurieren.

Die Friedrichstraße von der Dorotheen- bis zur Georgenstraße ausschließlich der Kreuzdämme wird behufs Umpflasterung vom 23. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Metropol-Theater. Um den großen Erfolg der komischen Oper „Die verkaufte Braut“ bis zum Schluß der sommerlichen Opernsaison im Metropol-Theater gehörig anzuhängen zu können, hat Direktor Romig die Hauptpartien schleunigst doppelt nachstudieren lassen, so daß das schnell und mit Recht beliebt gewordene Werk des 5. d. Mts. in nächster Woche abwechselnd mit dem Prevost-Gastspiel dreimal zur Aufführung gelangt.

Robert Steidl, der wie wir bereits mitgeteilt haben, am 1. August im Apollo-Theater seine Thätigkeit wieder aufnimmt, wird in Kindes Aufregung die Operette „Lysistrata“ als Antrittsstücke den Neuenamt Leondas spielen.

### Aus den Nachbarorten.

#### Schulkommission und Socialdemokratie.

Durch Verfügung der kgl. Regierung zu Potsdam ist der Gemeindevorordnete Genosse Freiwaldt in Pankow als Mitglied der Schulkommission nicht bestätigt worden. Am 15. August vorigen Jahres wurde F. von der Gemeindevertretung einstimmig in die Schulkommission gewählt. Freiwaldt nahm dann auch während dieser Zeit an den Sitzungen der Schulkommission teil. Die Verfügung ist natürlich nicht begründet worden, jedenfalls fügt sich das Provinzial-Schulcollegium auf den Ministerial-Erlass vom 9. September 1898, welcher anordnet, daß Personen, welche der socialdemokratischen Partei angehören oder sich als ihre Anhänger und Förderer betätigen, weder in Schuldeputationen noch auch in Schulpflichtämtern als Mitglieder eintreten dürfen. Da in der Gemeindevertreter-Sitzung die Angelegenheit in geheimer Sitzung erledigt werden sollte, beantragte Genosse Freiwaldt, die Sache öffentlich zu verhandeln, welchem Antrage auch stattgegeben wurde. Bei der Wahl zum Mitgliede der Schulkommission wurde von unserer Seite die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz und der Wert der kommunalen Selbstverwaltung energisch hervor gehoben. Trotzdem unsere Genossen von bürgerlicher Seite selbsterhöht wurde, konnte man sich doch nicht zu dem Entschlusse aufschwingen, Genossen Freiwaldt wiederzuwählen, es wurde an seiner Stelle vielmehr der bürgerliche Gemeindevorordnete Conradt gewählt.

Das Sichlichen vor der Regierung, die sich durch Ministerial-Erlasse Rechte anmaßt, die ihr auf Grund des Gesetzes gar nicht zustehen — enthält doch das Schul-Aufsichtsgesetz vom Jahre 1872 ausdrücklich die Bestimmung, daß von dem Gesetze der der Gemeinde zuzustehende Teil der Schulaufsicht unberührt bleibe — vermag dieser natürlich keinen Respekt vor dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen einzuschüßen. Genosse Freiwaldt war einstimmig gewählt und doch ließ man ihn sofort fallen, um sich eine „nützliche Demonstration“ zu ersparen. Freilich, die freisinnige Nachbarkommune Berlin hat sich ja in der gleichen Angelegenheit auch nicht viel heldenhafter benommen. Zwar wurde der ebenfalls von der Regierung beanstandete Genosse Singer 1899 noch einmal wiedergewählt, allein schon im Jahre darauf streckte man bereits die Waffen und wählte eine der Regierung genehmere Person. In diesem Falle hätte Pankow einmal Gelegenheit gehabt, unbedingamer auf seinem Recht zu bestehen, als Berlin. Allein man parierte auch hier tapfer mit der Reversseite.

#### Einheitliche Regelung der Sonntagruhe in den Vororten.

Die Gewerbetreibenden in den Berliner Vororten wollen beim Minister um eine gleichmäßige Festlegung der Stunden einkommen, an welchen an den Sonntagen die offenen Verkaufsstellen geschlossen werden müssen. Der Hauptpolitzweck in den Vororten ist jetzt dem Berliner nicht angepaßt, findet vielmehr teilweise früher, teilweise auch später statt, wodurch möglich wird, daß in verschiedenen Vororten die Läden geschlossen werden müssen, wenn sie auf der anderen Straßenseite, die zu Berlin gehört, geöffnet werden dürfen und umgekehrt. Hierin sehen die Gewerbetreibenden einen schweren Mißstand, weil für ihre Stunden dadurch ein Ludefluß eigentlich nicht existiert, sie vielmehr zu den Berliner Geschäftsleuten hinüber laufen können, sofern in dem betreffenden Vorort die Läden geschlossen gehalten sind.

Das Schöneberger Gewerbegericht hat in den drei Jahren von 1899—1901 im ganzen 759 anhängig gemachte Klagen erledigt, von denen auf das letzte Jahr 330 entfielen. Vor dem Vorsitzenden wurden in dem dreijährigen Zeitraum 548 und vor dem Spruchgericht 218 Klagen ausgetragen, im letzten Jahre vor ersterem 254 und vor letzterem 78 Klagen. Durch Vergleich fanden ihre Erledigung vor dem Vorsitzenden, Stadtrat Hehl, im ganzen 240 (in 1901 109) und vor dem Spruchgericht im ganzen 42 (in 1901 17) Klagen. Zurückgenommen wurden 121 (58) Klagen. Nichtsträfliche Versäumnisurteile wurden erlassen gegen 5 (2) Kläger und 81 (37) Beklagte. An Endurteilen wurden gefällt durch Verurteilungen 99 (39) und durch Abweisung der Klage 135 (52). Verstatt wurden 10 (2) Klagen. Von diesen betrug der Streitgegenstand: in 501 (204) Fällen Zahlung von rückständigem Lohn beziehungsweise andre Leistungen aus dem Arbeitsverhältnisse, in 247 (113) Fällen Entschädigungsansprüche wegen Entlassung aus der Arbeit vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Kündigung, in 8 (6) Fällen wegen unrichtiger Ausstellung von Arbeitsbescheinigungen, in 1 (0) Falle wegen Verrechnung und Anrechnung der von den Arbeitern und Hausgewerbetreibenden zu leistenden Invaliditäts-Beiträge, in 4 (2) Fällen wegen Auflösung oder Fortsetzung der Lehrverhältnisse und in 4 (1) Fällen wegen Herausgabe von Arbeitsbüchern, Sachen, Handwerkszeug usw. Von den gesamten 330 Klagen des letzten Jahres wurden 38,18 Proz. durch Vergleich erledigt, und zwar

33,03 Proz. vor dem Vorsitzenden und 5,15 Proz. vor dem Spruchgericht. Also mit beinahe der Hälfte aller anhängig gemachten Prozesse wegen Lohnstreitigkeiten hat das Spruchgericht sich nicht beschäftigen können. Daß bei dieser Praxis der Arbeiter stets den kürzeren zieht, ist bekannt, da in den meisten Fällen im Vergleichswege der Kläger seine gestellten Forderungen oft bedeutend reduziert, wobei die Erkenntnis des Gesetzes und der Ansprüche eine große Rolle spielen dürften. — Unentgeltlichen Rat in Gewerbegerichts-Angelegenheiten erteilt nach wie vor der Parteigenosse Maurer Gustav Däumig, Hauptstr. 30, Hof I.

Mit der Bebauung des großen Schöneberger Terrains zwischen der Hohenstaufen- und der Granevaldstraße, südlich von dem neuen „bayerischen Viertel“, das sich um den Victoria-Luisen-Platz gruppiert, ist jetzt zwischen der Martin Lutherstraße bis zur Weichbildgrenze begonnen worden. Als erstes öffentliches Bauwerk wird an der Hohenstaufenstraße die städtische höhere Mädchenschule errichtet, deren Bau bereits bis zum ersten Stockwerk emporgeschritten ist. Ueberall sind auf dem umfangreichen Terrain, wo sich noch im vorigen Jahre Wüdenfährte erhoben, neue Straßenzüge angelegt und durch Baumzäune eingeschlossen worden. Ein Teil der Straßen des bayerischen Viertels, wie die Vayruther-, Ausbacher- und Mühlenerstraße haben eine Verlängerung nach Süden zu über den neuen Stadtteil hinweg erhalten.

Seinen richtigen Namen genannt hat jetzt im Zuchthaus zu Brandenburg a. H. woselbst er 13 Jahre zu verbüßen hat, der angeblische Kunsthändler Ebert aus Chicago, der in der Altmark viele Einbrüche vollführte. Ebert ist der Sohn eines verstorbenen höheren Beamten aus Wilhelmshafen und heißt Max Kleiner. Er hat das Gymnasium bis Sekunda besucht und ist Raschimbauer.

### Geriichts-Beitrag.

#### Ein geriebener Hochkapler.

Ein schweres Sündenregister wurde dem Kaufmann James Groh vorgehalten, welcher gestern der ersten Berlin-Strasfammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Der jetzt 40jährige Mann hat bereits mit dem 17. Jahre sich auf das Gebiet der Hochkapelle begeben. Er verließ damals heimlich seine in der Provinz wohnenden Eltern, ging nach Berlin und gab sich hier als praktischer Arzt aus. Unbegreiflicherweise gab es Personen, die sich dem untreuen Vurscher anvertrauten. Er wurde dieserhalb zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dann folgte eine Verurteilung nach der andern, bis er im Jahre 1898 wegen umfangreicher Hochkapelle zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 1350 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Diese Strafe hatte Groh am 10. März v. J. verbüßt. Er begab sich nach London, vermachte dort aber nicht festen Fuß zu fassen und kehrte im April d. J. mittellos nach Berlin zurück. Bei dem Portier Biedemann mietete der Angeklagte sich als Schauspieler Paul Schweiger vom Deutschen Theater ein. Unter der Vorspiegelung, daß er nach dem Jollant müsse, um seine Sachen einzulösen, erhielt er von Biedemann ein Darlehn von 20 Mark. Sodann schrieb der Angeklagte angeblich vom Jollant aus an Biedemann, daß die 20 Mark nicht reichen und er durch den Voten noch um 10 Mark bitten lasse. Biedemann gab auch dies Geld her und wurde um 30 Mark betrogen, denn sein Mieter ließ sich nicht wieder sehen. Der Angeklagte ließ sich jetzt Visitenkarten mit dem Namen „Dr. med. Albert Blau“ anfertigen. Unter diesem Namen mietete er sich in der Luisenstraße ein möbliertes Zimmer, wobei er der Vermieterin vorpiegelte, daß er in der Charité als Wundarzt angestellt sei. Er kam sodann mit der Bitte um ein Darlehn von 20 Mark heraus, damit er seine Sachen von der Bahn holen könne. Der Wirtin kam der neue Mieter doch etwas verdächtig vor, sie lehnte die Zinnumutung ab. Der Angeklagte entfernte sich. Bald darauf erschien ein fremder junger Mensch bei der Wirtin, der nach dem Dr. Blau aus der Charité fragte, dem er ein Paket mit chirurgischen Instrumenten zu überbringen habe. Die Wirtin nahm das Paket an, welches, wie später erwiesen wurde, eine alte Haarbürste enthielt. Als ihr „Doktor“ bald darauf nach Hause zurückkehrte, schämte sie sich ihres Mißtrauens, sie gab ihm das erbetene Darlehn. Nun ging der „Doktor“ zum zweitenmal und kehrte nicht wieder. In der Sprenckstraße bei einer Frau Lufas mietete der Angeklagte sich ein unter dem Vorgeben, er sei Arzt und Baugeschener, gegen hohen Gehalt im Wintergarten angestellt und soeben aus London eingetroffen. In den nächsten Tagen erhalte er Gage von 500 Mark und wolle dann seine Wohnungsmiete und die ihm gewöhnliche Verpflegung bezahlen. Natürlich wurde Frau Lufas geschädigt, ebenso wie verschiedene andre Vermieter, wo der Herr „Doktor“ unter Witnahme von Kleidungsstücken verschwand. Als der Angeklagte schließlich verhaftet wurde, gab er sich auch der Polizei gegenüber als „Dr. med. Blau“ aus, später legte er sich das Rationale seines in London lebenden Bruders bei, bis er dann schließlich die wahren Angaben über seine persönlichen Verhältnisse machte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den gemeingefährlichen Angeklagten eine Zuchthausstrafe von vier Jahren sechs Monaten, Schwerfust, Polizei-Aufsicht und 300 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte bot schließlich, ihm noch einmal mildere Umstände zuzubilligen, da er nur durch unbeschreibliche Not auf die schiefste Ebene gebrängt worden sei. Das Urteil lautete auf drei Jahre Zuchthaus, Ehrverlust, Polizei-Aufsicht und 600 Mark Geldstrafe. Die wegen Verlegung eines falschen Namens zu erlassende Poststrafe sei durch die existierende Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten.

Leipzig, 22. Juli. In „endliche Revolutionäre“. Von der Anklage, verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegeneinander angereizt zu haben, sind am 20. März der Schriftleger Paul Reumann und der Handlungsgehilfe Peter Sohn freigesprochen worden. Beide sind 21 Jahre alt. Peter Sohn hat sich, so heißt es im Urteile, durch Lesen von allen möglichen Schriften ein ungeordnetes Halbwissen angeeignet. Mit Reumann hat er ein offenbar nur einzig zur Ablagerung seiner Weißes-ergüsse bestimmtes Organ, die „Republik“ begründet, von dem sechs Nummern erschienen sind. In einer dieser Nummern, deren verantwortlicher Redacteur und Verleger Reumann war, hat Peter Sohn einen Artikel unter der Ueberschrift „Der Socialismus ist die Freiheit“ veröffentlicht. Der Artikel bespricht, so heißt es in dem Urteil weiter, die sociale Frage, domirt gegen die färslichen Tyannen usw. Dann werden Betrachtungen darüber angeführt, wieviel Fehler es noch geben werde, wenn erst das neue Reichleht herangekommen sei, und der Verfasser verspricht, dann mit den Waffen in der Hand die unsterblichen Menschenrechte wieder zu holen. Das Gericht hat in dem Urteil keine Anweisung der Proletarierklasse zu Gewaltthatigkeiten gegen die Bourgeoisie erteilt, weil es die Stillschungen des Angeklagten nicht ernst nahm. Es erwog außerdem, daß das Blatt nur in einer Auflage von 1000 Exemplaren gedruckt und fast nur an die Freunde der Angeklagten geliefert wurde. Deshalb sei eine Verurteilung des öffentlichen Friedens völlig ausgeschlossen. — Auf die Revision des Staatsanwalts hat das Reichsgericht das Urteil auf, da für den Thatbestand des § 130 eine direkte Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten nicht erforderlich sei und auf die geringe Verbreitung des Blattes nicht antomme.

Die Auffassung der Vorderinstanz scheint und durch ihre gesunde Psychologie vor dem formalen Entscheid des Reichsgerichts entschieden den Vorzug zu verdienen.

### Aus der Frauenbewegung.

Wer macht die Dienftboten unzufrieden? In einer öffentlichen Dienftboten-Versammlung im „Königs Hof“ sprachen am Dienstag Hrl. Köstlich und Herr Lohnsdilber über dieses Thema in recht scharfer Weise. Den Kern des Abends bildete die Parole: Fort mit der Gelinde-Ordnung! Zugleich wurde von sämtlichen Rednern die Ausdehnung der Reichs-Krankenversicherung auf die Dienftboten gefordert und folgende Resolution von den über vierhundert Anwesenden (meist Dienftboten) einstimmig angenommen:



Die heutige öffentliche Dienstboten-Versammlung im „Königs-Hof“ hält die Frage der Krankensicherung für eine der wichtigsten Fragen, die den dienenden Stand bewegen; sie glaubt, daß eine wirkliche Besserung nur dadurch zu erreichen ist, daß man die Dienstangehörigen in die reichsgesetzliche Kranken-Versicherung einbezieht. Sie fordert den Vorstand des Vereins Berliner Dienstangehörigen und Dienstangehörigen auf, dieses billige und dringende Verlangen der Berliner Dienstboten dem Reichsamt des Innern in einer ausführlichen Denkschrift darzulegen. Der Vorstand des Vereins beschloß sofort, diesem Verlangen unverzüglich Folge zu leisten.

**Nizdorf.** In der Generalversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins Nizdorf, die am Donnerstag bei Mercier, Steinmetzstraße 119, stattfand, hielt Herr Schwandt einen ergreifenden Vortrag über Vivisektion, in welchem er die qualvollen Verlechte der Vivisektoren an lebendigen Tieren eingehend schilderte. Zum Schluß forderte er die Anwesenden mit bewegten Worten auf, tapfer gegen solche Grausamkeiten mit anzukämpfen. Anhaltender Beifall lohnte den Redner.

### Versammlungen.

**Dachdecker.** Am Dienstagabend fand im Englischen Garten eine kombinierte Versammlung der 3 Zirkaleen Berlin des Central-Vereins der vereinigten Dachdecker und Verputzgenossen Deutschlands statt. Die Tarifkommission berichtete, daß die Meisterchaft zu ihrer Sitzung vom 14. Juli auch die Tarifkommission geladen hatte. Zu der Forderung des Stundenslohnes von 65 Pf. erklärten die Meister, daß sie deren Berechtigung wohl anerkennen, diesen Lohn aber erst vom 1. April 1908 an bezahlen wollen. In betreff der Ueberstunden erklärten sie, daß dieselben nur in sehr dringenden Fällen gemacht werden sollen. Auch die Schutzvorschrift wurde von ihnen als berechtigt anerkannt, es soll von der Meisterchaft ebenfalls eine Petition um Wiedereinführung derselben abgefaßt werden. Was nun das Gehalt betrifft, so wurde von den Meistern vorgeschlagen, innerhalb der Ringbahn ein solches nicht zu verweigern, sondern nur für Bauten, die außerhalb derselben liegen. Dieser Bericht der Kommission rief eine sehr lebhafteste Diskussion hervor, in welcher von verschiedenen Rednern der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß man, wenn dies ohne Kampf zu erreichen ist, wohl bis zum 1. April nächsten Jahres warten könne. Der größere Teil dagegen war aber der Ansicht, daß es auch dann noch fraglich wäre, ob die Meisterchaft dann ohne weiteres ihr Versprechen halten würde. Schließlich wurde mit großer Majorität folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung weist das Anerbieten der Meisterchaft entschieden zurück und beschließt, an der gestellten Forderung festzuhalten und nötigenfalls dieselbe durch Arbeitsniederlegung durchzubringen und in einem partiellen Streik einzutreten.“

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaft der Dachdecker berichtet, daß in der letzten Versammlung derselben eine Resolution gefaßt wurde, welche ungefähr wie folgt lautet: „Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Antwort der Meisterchaft. Nur einzig darum, weil sie der Meinung ist, ein Kampf würde größere Nachteile als Vorteile bringen, beschließt sie, sich mit der Antwort vorläufig zufrieden zu geben; sollten aber in irgend einer Weise, in der die größere Mehrheit der Kollegen die Arbeit niederlegt, Mitglieder der christlichen Organisation sein, so verpflichten sich dieselben, sich ebenfalls daran zu beteiligen.“

Die Versammlung beschließt: die Werksleute Kopp u. Cie. und Horn und Hummel werden zuerst in Angriff genommen, da die Verhältnisse dort günstig liegen. Mittwochs früh soll die Spitze begreifen. Außerdem wird beschlossen, jeder Kollege hat einen Extrabeitrag zum Streikfonds von 50 Pf. pro Woche zu bezahlen und zwar auf Sammelstellen der einzelnen Werksleute. Der Gewerkschafts-Delegierte Kuntze erstattete Bericht über seine Thätigkeit. Eine Wiederwahl lehnte er ab. An seine Stelle wurde Gornig gewählt.

**Lichtenberg.** In einer Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins sprach am Dienstag Dr. Leo Krons über die Beteiligung der Socialdemokratie an der preussischen Landtagswahl. Am Schluß seines von der zahlreich auch von anderen Kreisorten und von Frauen besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages appellierte der Redner an den Opfermut und das Pflichtgefühl der Landtagswähler unter Hinweis auf die Opfer, die unsere belagerten Brüder zum Zwecke der Befreiung des Wahlrechtssystems gebracht. Hier wurde kein Generalstreik empfohlen, nicht fünf Tage Arbeitsniederlegung werden gefordert, das Opfer eines Tagelohnes werde genügen, das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassen-Wahlsystem, zu Falle zu bringen. Im weiteren wurden in der Versammlung nach einem kurzen Berichte des Genossen Gauer die Parteigenossen Schankweit G. Richter und Kauer E. Kleiber als Kandidaten für die bevorstehende Landtagswahl zur Gemeindervertretung aufgestellt.

Zum Bezirksführer für den siebenten Bezirk wurde O. Sander und für den neunten Bezirk G. Wachs ohne Widerspruch bestätigt.

### Vermischtes.

#### Der Untergang des Dampfers „Primus“.

Die Gesamtzahl der infolge des Schiffunglücks Vermissten wurde bis Mittwochmittag 12 Uhr auf 109 festgestellt. Wie der „Hamburgische Correspondent“ anführt, steht die größte Darbietung des Unglücks leitend des Steuermannes

Peters vom „Primus“ in großem Gegensatz zu den Erklärungen der Besatzung der „Ganja“. Das Blatt betont, daß nautische Sachverständige die Wichtigkeit der Angaben des Peters bezweifeln. Sie betonen, daß es, wenn der „Primus“, der vollbesetzt mit Passagieren nur etwa vier Fuß tief ging, so dicht unter Land fuhr wie er nur irgend konnte, und sogar Gefahr gelaufen sein will, den Grund zu berühren, ganz unmöglich gewesen wäre, daß die „Ganja“ mit ihrem Tiefgang von 14 Fuß in die Nähe des „Primus“ gelangen und ihn anzuwimmern konnte. Die „Ganja“ hätte ja unbedingt schon lange vorher auf Grund sessigen müssen. Das Seeamt hat ein Verhör mit den an dem Zusammenstoß Beteiligten vorgenommen.

Das in der „Primus“-Katastrophe eingeleitete Strafverfahren wird durch die Staatsanwaltschaft zu Altona geführt, da das Unglück sich auf preussisches Gebiet ereignete. Der Erste Staatsanwalt Wühle-Altona war am Dienstag wiederum längere Zeit an der Unglücksstelle, um die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Nebenher geht das Unfallverfahren, welches vor dem Seeamt geführt wird. Das Resultat der dort angefertigten Ermittlungen geht der königlichen Staatsanwaltschaft zu; ob eine Anklage erhoben wird und gegen wen, wird von dem Spruch des Seeamts abhängen. Mit dem Transport der Leichen von Riesenstedten und Schulan nach Hamburg ist begonnen worden.

Ein unbeteiligter Zeuge der Katastrophe ist der Führer der Barkasse „Teut“, der in nächster Nähe des „Primus“ fuhr. Der Führer der Barkasse, Trudel, und der Inhaber derselben, Hagen, standen beide am Steuer. Letzterer sagte aus: „Unsre Barkasse hatte an Bord meinen Sohn und 15 junge Leute, wir kamen von einer Vergnügungstour nach Falkenthal. Obgleich ich hätte mehr rechts fahren müssen, fuhr ich, wie es üblich ist, dicht am Ufer, um den Ebbestrom abzuschwächen. Als ich das Ufer des „Lemnos“ passiert hatte, kam von der andern Seite des „Lemnos“ der „Primus“ nach dem nördlichen Ufer und fuhr gleichfalls dicht am Lande. Der „Primus“ fuhr sonst schneller als meine Barkasse, aber da die Leute sich auf dem Dampfer hin und her tummelten, war bald das rechte bald das linke Rad aus dem Wasser. Der „Primus“ fuhr dann langsamer und deshalb blieben wir immer etwa 15 Meter von einander entfernt. Auserbord vom Riesenstedter Leuchtturm machte ich Trudel auf die in Sicht kommende „Ganja“ aufmerksam und sagte zu ihm: „Das geht nicht klar“, Trudel erwiderte: „Nein, das geht verkehrt“. Gleich darauf fuhr die „Ganja“ in den „Primus“. Es war 12 Uhr 20 Minuten, etwa 50 Meter oberhalb des Riesenstedter Leuchtturms. Der „Primus“ trieb bis zum Leuchtturm durch die Ebbe zurück und sank dort. Die „Ganja“ konnte unmöglich die roten Lichter des „Teut“ und des „Primus“ sehen. Sollten von der „Ganja“ rote Lichter gesehen worden sein, so könnten es nur nach meiner Ansicht die roten Lichter vom Riesenstedter Leuchtturm und der Riesenstedter Landungsbrücke gewesen sein. Von Bord meines Schiffes „Teut“ und des „Primus“ können nur das grüne und das Topplicht gesehen worden sein. „Teut“ kam erst um 1 Uhr floß und konnte nicht mehr zur Rettung thun. Bald nach dem Zusammenstoß, als die Hilfskräfte bestimmt waren, passierten noch mehrere Vergnügungsdampfer mit voller Besatzung, ohne zu ahnen, was sich eben zugefallen hatte. Der Führer des „Teut“, Trudel, ist heute vom Seeamt als Zeuge geladen worden.“

Der Führer des „Primus“ hält seine gestrigen Aussagen aufrecht, er habe seinen Kurs nicht geändert. Auf das Vorhalten, daß die „Ganja“ einen so großen Tiefgang habe und gerammt so nahe an Land fahren konnte, erwiderte Peters, die „Ganja“ habe früher als Eisbrecher gebient und habe nur hinten 14 Fuß Tiefgang; übrigens sei die Ufertiefe verschieden und solle ganz plötzlich steil weg.

Es laufen noch fortwährend Nachträge zur Vermisstenliste bei der Elbdecker Centralstelle ein; als vermisst sind bis heute nachmittags 4 Uhr noch sechs Personen angegeben. Eine heute als vermisst gemeldete Person hat sich als gerettet gemeldet. Die Zahl der Vermissten erhöht sich somit auf 114. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Meldungen zur Vermisstenliste einlaufen.

Es wurde bereits berichtet, daß eine Anzahl Passagiere des „Primus“ während der Katastrophe den größten Opfermut bewiesen. Über einen dieser Wackeren berichtet das „Hamburger Fremdenblatt“. Der Redner Emil Oberhardt, ein 19-jähriger junger Mann, ist seinem Geldbeutel zum Opfer gefallen. Er rettete erst seine Braut, Fräulein Bories, und vier andre weibliche Personen, die er aus der Kajüte holte, auf die „Ganja“. Als er zum drittenmal auf die „Ganja“ zurückkehrte, wurde er von seiner Braut angefaßt, nur doch an sich selbst und an sie zu denken. Er erwiderte: „Es sind noch Kinder unten, die erst gerettet werden müssen.“ Darauf sprang er zurück auf den „Primus“, der gerade im Begreifen begriffen war, geriet in den Wasserstrudel und ward nicht mehr gesehen.

Zwei der als vermisst angegebenen Personen haben sich gemeldet, so daß die Zahl der Vermissten jetzt 112 beträgt. Am Freitagnachmittag findet in der Reichenhalle beim Elbdecker Thor für die Opfer der Katastrophe, deren Leichen gefunden und rekonstruiert sind, eine gemeinsame Leichenfeier statt. Zur Beerdigung werden die Leichen nach dem Ohlendorfer Friedhofe gebracht.

**Zusammenstoß zweier Güterzüge.** Die Rothfänger Wärgelung meldet, daß heute früh auf der Strecke Dieleuhofen-Deutschholz zwei Güterzüge zusammenstießen, wobei zwei

Sechste schwer, zwei leichter verletzt wurden. Beide Maschinen und sieben Wagen seien zertrümmert.

**Zwanzig Personen im Boot ungelungen.** Ein Telegramm aus Desova meldet folgende Katastrophe, die sich am Dienstag auf der Donau zugetragen hat: Zwei mit zwanzig Personen besetzte Boote wurden mitten auf der Donau von einem fürchterlichen Unwetter überrascht und zum Kentern gebracht. Alle zwanzig Personen fanden den Tod in den Wellen.

**Die Cholera.** In Ober-Aegypten breitet sich die Cholera mehr und mehr aus. Im Bezirk Assiut sind von 15. bis 20. Juli 154 Erkrankungen an der Seuche vorgekommen, von denen 103 tödlich verliefen. Der Sanitätsrat hat die Quarantäne gegen die ägyptischen Häfen des Mitteländischen Meeres und des Egekanals auf 7 Tage erhöht. — Ferner wird aus Aegypten gemeldet: Nach amtlicher Feststellung sind bis jetzt in Naha 210 Cholerafälle vorgekommen, von denen 147 tödlich verliefen. In Haiko ist eine Frau, die von Naha dorthin gekommen war, gestorben.

Aus Petersburg wird gemeldet: Walden in der Wandtschurci wurde amtlich für cholerafrei erklärt. Aus Charkow wird vom 14. d. Mts. gemeldet, daß dort vom 8. bis zum 14. Juli 234 Russen und 523 Chinesen an der Cholera erkrankt sind. Gestorben sind 81 Russen und 363 Chinesen.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll, und die Bitte unbemerkend mitzutheilen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht ertheilt.

**Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.**

**S. R.** Zu Nr. 169 ist beizufügen und ergänzend zu bemerken: Eine dänische Mute hat 10 Fuß = 3,125 Meter. Die dänische Quadratrute = 0,85 Quadratmeter. Die deutsche Mute, im Grundbesitzvertrieb noch vielfach gebräuchlich, = 144 Quadratzoll = 14,18 Quadratmeter. — Auch in Dänemark ist die Mute nur noch ein gebräuchliches Maß in Nordamerika sowie in Großbritannien.

**P. S.** Und ist leider eine solche Quelle nicht bekannt.

**Nr. 100.** Vorsitzender der Metallarbeiter-Gewerkschaft ist G. Wiesner, Stargarderstr. 3.

**Kurkunden,** die auf den Straßen laugen und in den Häusern Geld einsammeln, haben an einigen Gymnasien Berlin bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts bestanden. Die Kurrende des Königl. Gymnasiums wurde 1841, die des Gymnasiums zum Grauen Kloster 1848 aufgehoben.

**S. M. 92.** Das Gehalt der Feuerwehmannschaften (Feuermänner) beträgt: Anfangsgehalt 1200 M., nach 4 Jahren 1275 M., nach 8 Jahren 1350 M., nach 11 Jahren 1425 M., nach 14 Jahren 1500 M. (Schiffgehalt). Anstellungsgehalte sind zu richten an die Direktion (Hauptmann, Lindenstraße), von der Sie das Nähere mündlich erfahren können.

— **B. V. 5919.** 1. 170 R. 2. und 3. Das hängt davon ab, wie der Wortlaut des Testaments lautet und ob es vor oder nach dem 1. Januar 1900 errichtet ist. 4. und 5. Beispiele für gegenfällige Testamenten finden Sie S. 238 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **S. 2. 1871.** Sie können bei der Gemeinde-Verordnetenversammlung (Magistrat, Stralauerstr. 3-5) die Veräußerung vornehmen. — **S. R. 100.** Sie können mit Einreichung der Klage bis zum September warten und Ihre Klagen mit einbringen. — **S. 2. Nürnberg 20.** 1. Die Staatssteuer ist in dem Staate zu entrichten, wo der Betroffene wohnt; ob der zu Bewandlung Preuss, Bayer oder Ausländer ist, ist gleichgültig. 2. Nein. — **S. 6. 140.** In einer Empfehlung einer bestimmten Person sollte kein Verbot enthalten sein, diesen zu richten an die Direktion (Hauptmann, Lindenstraße), von der Sie das Nähere mündlich erfahren können.

— **S. B. T. 99.** 1. Das hängt von dem Inhalt der uns völlig unbekanntem Statuten ab. Soweit es sich um die Einweisung zu sein. 2. Nein. — **S. 114.** Einen Verzicht der Fortbildungsgeld- und Fortschritts-Verein finden Sie in der in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Uebersicht über das Fortbildungsgeldwesen und die gewerblichen Unterrichts-Anstalten 1902“. — **S. 6. 7a.** Eine Volljährigkeitserklärung kann erfolgen, wenn der Minderjährige das 18. Lebensjahr vollendet hat und wenn er selbst und der Vater beiderseitig die Mutter zustimmt. Die Zustimmung des Vormundes ist nicht erforderlich. Den Antrag hat der Minderjährige bei dem Vormundschaftsgericht zu stellen. — **W. 29. Reim.** — **Urt. 1000.** 1. Auch ohne Vertrag würden Sie außer Gütergemeinschaft leben. Im Interesse der Frau liegt es, hinsichtlich der Vermählung und Kapitalien zu vereinbaren. Ein Beispiel für solchen Vertrag finden Sie S. 228 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Jahrbuch. 2. Minderjährig müssen vor der Eheschließung sein. 3. Ein Jahr. — **M. S. 748.** Ja. — **B. C. 333.** 1. Der Vertrag müßte notariell oder vor Gericht geschlossen werden. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. 2. Die Kündigung hätte nach Ihrer Schilderung der Verhältnisse höchstens am 30. Juni erfolgen müssen. — **O. F. 8081.** Geldstrafe, auch Freiheitsstrafe ist möglich. — **H. Fr. 50.** Gegen den betreffenden Herrn ist Ihr Anspruch zu richten.

### Witterungsübersicht vom 23. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwinnende	760	W	3	wolkig	14	Haparanda	757	SW	2	wolkig	13
Danzburg	759	SW	1	Wegen	11	Petersburg	752	SW	1	Wegen	16
Berlin	761	SW	1	bedeckt	14	Cox	762	W	1	wolkig	14
Frankf./M.	762	SW	2	Wegen	12	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	765	W	4	wolkig	14	Paris	763	SW	2	bedeckt	13
Wien	764	W	1	wolkig	16						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. Juli 1902.** Nacht und ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 24. Juli.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Die Geisha oder: Eine japanische Ehehändel-Geschichte. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Wiederholungsband: Offenbachs „Cyllus“ (Dorothea). — Der Regimentsadjutant. — Die Kommi weint — der Hans lacht. Anfang 8 Uhr.  
**Witten.** Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol. (Morwitz-Oper.)** Traviata. Anfang 8 Uhr.  
**Neues.** Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weiss.** Der Dämon. Stenau. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Herrliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Apollon.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Vollge-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Vollge-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Morwitz-Oper.  
**Franceschina Prevosti.**  
Traviata (Violetta).  
Die Dame mit den Camellien.  
Freitag: Die verkaufte Braut. Kom. Oper in 3 Akten von Smetana. Nationaltänze von 16 Tänzerinnen. Sonnabend: Klassisch-pop. Opern-Vorstellung bei halben Preisen: Fido.

### Carl Weiss-Theater.

Große Franzosenstr. 132.  
Täglich:  
**Der Dämon.**  
Darauf: „Sie“, Nachsene in 1 Akt von G. Schöler-Berant.  
Sonnabends: Die Biber. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

### Passage-Theater.

Das glänzende Juli-Programm.  
**Willy Prager.**  
(Prolongiert)  
16 neue erstkl. Nummern.  
**Passage-Panoptikum.**  
Holes Pariser  
**Marionetten-Theater.**  
Das Affenweib.  
Seejäger. Tigerkabo.

### Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Die deutsche Ostseeküste.**

### CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 155.  
Neu!  
**Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.**  
Riesen-Projektionsbilder mit erleuchtendem Vortrag.

### Schweizer Garten

Am Königsthor 42029.  
Am Friedrichshain  
Täglich:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz. Jeden Abend 10 Uhr:  
**Leute von heute.**  
Große Post mit Gesang und Tanz

### Apollo-Theater

Um 7 Uhr: Garten-Konzert.  
Um 8 Uhr: Die grandiosen Spezialitäten.  
Um 9 Uhr:  
**Lysistrata**  
Am 1. August Wiederauftreten von Robert Steidl.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.

### Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gesundbrunnen.  
Täglich:  
Das erfolgreiche Spezialitäten- und Theater-Programm. Größter Erfolg! Punkt 10 Uhr: Schlager!  
**Berlin wie's lebt und liebt**  
Eintree 20 Pf.  
Sonntags: Ball.

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.  
Täglich im Garten, bei ungenügender Witterung im Saal:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzerte.**  
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Vorree: Tanzkränzchen. Tanz frei!  
Anfang Sonntags 5 Uhr. Eintree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr. Eintree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

### Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Tageslosse 11-1 1/2 Uhr.

Opéret, gietro, Witten, W. Prager, Schone, Blume, Blücher, mann, glühender etc.

### Fröhels

**Allerlei-Theater**  
schöner Puhmann  
Sohnshauer Allen No. 148.  
Heute und folgende Tage der einzig bahrende  
**Jull-Spielplan**  
mit dem unübertrefflichen  
**Karl Braun**  
und dem allbesten  
**Hugo Schulz.**  
Um 8 Uhr: Großer Erfolg:  
**Die Weber.**  
Berliner Volkslied mit Gesang.  
Täglich: Großer Ball.  
Anfang 5 Uhr. — Eintree 30 Pf.  
Mittwochs: Grosser Elito-Abend.

### Englischer Garten.

27 e. Alexanderstraße 27 e.  
Jeden Montag, Mittwoch, Donnerstags und Sonnabends: 4002.  
**Ball! Kettee und Tanz frei!**

### Ostbahn-Park.

Am Klotznerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

### W. Noacks Theater.

Braunstraße 16.  
Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gediegene Gesellschaft.  
**Nur keine Männer!**  
Barbesse mit Gesang und Tanz von Geride.  
Im Saal: Tanzkränzchen.

### Max Kliems Sommer-Theater.

Masenheide 13-15.  
Artisticcher Leiter: Gust. Beck  
**Täglich:**  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!  
Donnerstag: Elito-Tag



# Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Donnerstag, 24. Juli, abds. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engelstr. 15:

## Große öffentl. Versammlung für sämtliche Bauanschläger.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Rosenow. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes. 33/14

Der Einberafer.

## Charlottenburg.

Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3: 203/4

## Volks-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Das Submissionswesen unter besonderer Berücksichtigung der städtischen Bauten Charlottenburgs. Referent Stadtverordneter Paul Girsch. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

## Achtung! Mitglieder der

# Freien Volksbühne.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, die in den Zahlstellen ausliegenden Fragebogen betreffs obligatorischer Einführung des Bühnenheftes etc. auszufüllen.

Die Mitgliedskarten der verflorenen Saison müssen in den Zahlstellen mit einer Erklärung bezüglich weiterer Mitgliedschaft abgegeben werden.

Umschreibungen aus einer Zahlstelle in eine andre müssen in den Monaten Juli und August bewirkt werden.

Die neuen Mitgliedskarten gelangen vom Anfang des Monats August ab zur Ausgabe.

Neuaufnahmen von Mitgliedern können nur für die neue 13./14. Abteilung erfolgen.

Anmeldungen nehmen alle Zahlstellen entgegen gegen Hinterlegung des Eintrittsgeldes und mindestens eines Beitrags. 229/15

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Hasenheide 108/114. **Neue Welt.** Arnold Scholz.

Heute Donnerstag, den 24. Juli 1902:

## Elite-Monstre-Feuwerk

Zum Schluss:

Der Brand und die Beschießung von Heidelberg, ausgeführt durch den Pyrotechniker Herrn A. Bock.

## Grosses Militär-Konzert

ausgeführt von der Regimentskapelle des 4. Garde-Regiments zu Fuß, unter Leitung des Igl. Musikdirektors Herrn Frz. A. Berger.

## Gala-Specialitäten-Vorstellung.

Emotionelles Programm Berlin. - Im Bal champêtre: Großer Sommerabendball. - Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. Billed im Vorverkauf a 40 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. Montag, den 28. Juli: Großer Sommerfest des Vereins ehemaliger Pieten-Offiziere von Ritzdorf und Umgebung.

## ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:

## Militär-Doppel-Konzert.

Entree 1 M. v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58. Täglich: Das grohartige neue Programm.

## Willy Agoston.

Berlin auf Stelzen. Außerdem: Konzert, Theater, Specialitäten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Vorzugsarten haben Günstigkeit. Kaffeeküche. Im Saal: Ball.

## Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9. Täglich:

## Tausend und eine Nacht.

Phantastisches Märchen in 3 Akte. von Hugo Scholz.

Ballettes, Cabriol. Roküm-Soubrette Paula Grigatti. Grotesque-Romifer Senor u. Berard. Miss Kitty, Sport-Alt. Barskool-Truppe, Variettere-Aktroben. Mr. Bartling, leb. Photographien. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Wundtänzer.) Konzert. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

## Achtung! Adlershof!

Lauben-Verein Neu-Transvaal.

Sonntag, 27. Juli: Grosses Erntefest.

Begründung des Präsidenten Krüger u. Gefolge. - Umzug. - Verlosung. - Fackelzug. - Schaubühnenbesitzer! Plätze durch Jakob, Robidestr. 17.

# VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 27. Juli

## im Restaurant „Schloss Weissensee“

# Gr. Volks-Fest

arrangiert von den

## Parteigenossen des 6. Berl. Wahlkreises.

---

### Grosses Früh-, Mittags- und Nachmittags-Konzert

von zwei starkbesetzten Kapellen.

Gesangs-Aufführungen von 20 Gesangsvereinen des Arbeiter-Sänger-Bundes unter Leitung des Bundes-Dirigenten Herrn R. Blobel.

Auftreten von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“.

Auftreten des Niagara-Trios auf dem 150 Fuss hohen Drahtseil.

Im herrlich gelegenen See-Theater:

»»» Vorstellung der neu engagierten Specialitäten ««« bei freiem Entree.

Vorstellung eines Kasperle-Theaters bei freiem Entree.

### Grosses Brillant-Wasser-Feuerwerk.

Bei eintretender Dunkelheit: **Kinder-Fackel-Polnaise** durch den Garten. Jedes Kind erhält am Eingang 2 Bons, einer berechtigt zur Empfangnahme einer Stocklaterne und einer zur einmaligen Benutzung eines Karussells oder einer Schaukel.

## Von 4 Uhr nachmittags TANZ.

in beiden Sälen:

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2-6 Uhr zur Verfügung; a Liter 60 Pf.

Anfang des Konzerts früh 8 Uhr.

Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. Ausführliches Programm an der Kasse gratis.

Zahlreichen Besuch erwartet **Das Komitee.**

Für hinreichende Fahrverbindung ist Sorge getragen.

248/11\*

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin.

### Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglieb, der Schleißer **Rudolf Linsener** am 20. d. M. an der Proletarierkrankheit gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban nach dem alten Jakobikirchhof, Ritzdorf, Hermannstrasse.

Kege Beteiligung erwartet 118/2 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**

Allen Genossen, Kollegen, Verwandten und Freunden, welche unsrem uns so plötzlich durch den Tod entzogenen Gatten, Vater und Sohn, dem Vater **Gustav Bischoff** die letzte Ehre erwiesen, sagen hiermit ihren tiefgefühltesten Dank für die trauernde Bittwe **Bertha Bischoff** nebst Kindern und Eltern. 47003

### Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsern guten Vaters, des Maurers **Franz Mathies** sagen wir allen Freunden, Bekannten und Kollegen, insbesondere dem Gesangsverein und Centralverband der Arbeiter, sowie den Rietern des Hauses unsern innigsten Dank. 10155

Die trauernde Witwe nebst Kindern **Bienenthalerstr. 4.**

## Central-Krankenkasse der Tapezierer.

Filiale I.

Freitag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Flick, Zimontstraße 23.

### Mitglieder-Beisammung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des 2. Quartals. 2. Beschiedenes. 274/7 J. A.: Der Vorstand.

Kommt mit Muster zum Massnehmen ins Haus. Bitte Postkarte.

Son **38 Mt.**

an Liefere ich Anzug nach Maß, f. Kasse reinm. Stoffe, engl. Sergeanter, feinste Zubat. 2 Knopfb., garant. tadellof. St. feinst. Handnäharbeit.

Goldene Medaille für Leistungsfähigkeit.

Bericht im Hause. Kurze Lieferzeit. Ludwig Engel, Pronzauerstr. 23, 2 Tr. Nähe Alexander-Platz. Begr. 1892.

## Alle Wanzen

werden sofort nebst Brut durch meinen **Wanzenod.** in Pl. 0,50, 1 Pl. - Schwaben, Mücken, Franzosen etc. werden durch mein Guldor vollständig vernichtet. Schilf. 0,30, 0,60, 1 Pl. Zahlreiche Anerkennungen. 45680

### 1000 Mark Belohnung

zähle ich demjenigen, der mir einen Richtersfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstrasse 18, Ecke Peterstrasse.

## Restaurations-Grundriss

im Vorort. Idealisch an Wald und Wasser gelegen. Dampfheizung und Gassystem, mit neu erbauten, 1000 Personen fassenden Theatersaal, sowie 2 kleinen Sälen, groß. Saal. Garten, 12 Fremdenzimmern, Wiesentrog und Nebengebäuden 1000 M., freihändig halber sofort preiswert veräußlich. Adressen unter **L. 123** an Max Gerstmann, Berlin, Alexanderplatz 1.

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.** Spezialarzt für 25/17\* **Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. med. Schaper** homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

4284L\* **Sofastoffe**

Riesenauswahl aller Qualitäten. **Wolle-Reste Moquettes, Plüsch- Reste Sattelaschen.** Muster bei näherer Angabe franco. **Emil Lefèvre, Berlin, 158**

**Etablissement Süd-Ost** 75 Waldemarstrasse 75. 4695U\* Mehrere Sonnabende sind noch zur Verdisation zu vergeben.

„Wanzenfeind in der Flasche“ Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. Unfehlbar sicher. **Th. Schmiedel** Fabrikant. Fernspr.: Amt 7a, 6331. Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

„Mottenfeind im Beutel“, nur 5 Pf. **Th. Schmiedel** Gesätzlich geschützt! Neue Königstr. 53, 1. Fabrikant. Fernspr.: Amt 7a, 6331. (beim Alexanderpl.)

„Schwabenfeind im Streu-Turm“ 25 50 Pf., 1,00. **Th. Schmiedel** Gesätzlich geschützt! Neue Königstr. 53, 1. Fabrikant. Fernspr.: Amt 7a, 6331. (beim Alexanderpl.)

**Frei Preuß** 74a Bello-Allianzstrasse 74a, Ecke Bergmannstrasse, empfiehlt Freunden und Bekannten (ein Weiss- und Bayrisch-Bierlokal) nebst Vereinszimmer für 50 Personen. \*

**30 Mark** Locheine Sommerpaletot. **30 Mark** hohelegante Herrenanzüge. 12 Mark hohelegante Beinkleider. Anfertigung nur nach Maß. Guter Stoff, tadellof. St. 4538L\* **14 Krausenstraße 14, I Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. I Tr.**

**Mählenstrasse Nr. 8,** an der Werkschauerstr., sind vom 1. Oktober ab billige Hofwohnungen von 2 Stuben etc. zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 4693U\*

**Briquettes.** Wegen Räumung des Platzes verkauft beste Senftenberger Salon 1000 Stk. von 5,00 M. an. Bruch 60 Pf. pro Stk. ab Wag. Fuhrlohn billigst berechnet. **Rühlensstr. 12. A. Hermanns Kohlenlager**

**30 Mark** hohelegante Herrenanzüge. 12 Mark hohelegante Beinkleider. Anfertigung nur nach Maß. Guter Stoff, tadellof. St. 4538L\* **14 Krausenstraße 14, I Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. I Tr.**

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

# Kleine Anzeigen.

## Verkäufe.

**Schaukelgeschäft zu verkaufen.** Walter, Bierabzieher, Doppelre- frische 43. 994b

**Gardinenhaus Große Frankfurter- strasse 9, parterre.** 437\*

**Vorjährige elegante Herrenhosen** aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1177R\*

**Weiße Herrenhüte, gute Qualität,** Stiel 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Gutfabrik, Compotz- kaiserstrasse 25A, früher Barnim- strasse 4 und 5. Sonntags ge- öffnet. 1197R\*

**Zwei Paar Viertelbüchsen Damen-** fenden, Herrenhosen 3,00. Aus- staltungen sowie eleganteste Reiso- munter sportlich. Wälschfabrik Adolf Selonow, Stadtbahn 21, Nähe Voltzeplatzbaum. 71/13

**Teppiche!** (schlechteste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Fadelstr. 14/4, Bahnhof Strie. 1197S\*

**3 Fahrräder** sofort zu verkaufen. Ringel, Frankfurterstrasse 20. 435\*

**Schaukelgeschäft, gutgehendes,** 2/3 Barnim, 1/2 Weidlich. Zu erfragen bei Dolg, Rietzstrasse 23. 976\*

**Herrenanzüge, Paletots, elegante** Ausführung, geringe Teilzahlung. **Kurzberg, Vandsbergerstrasse 13, 1216b\***

**Nähmaschinen, sportlich, Plan-** leibe Alexanderstrasse 73. 30/8\*

**Ringschiffchen, gut nähend, 20,00.** Reanderstrasse 7. 30/9\*

**Wäschmaschinen, Werkzeuge etc. etc.** Konturmaschinen. Ausverkauf Holzmarkt- strasse 20. 993b\*

**Teppiche mit Herdenheftern** Fabrikneubestellung Große Frankfurter- strasse 9, parterre. 437\*

**Waschlocher!** Einlochwaschlocher! 1,00, Zweilochwaschlocher! 3,00. Waschlocher Waschlocher! 5,00. Waschlocher! Was- schlocher! Apparat! billig! Wohlwiler, Wallnertheaterstrasse zweilunddreißig. \*

**Veraltete Pländer, goldene** Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden sportlich verkauft. Alles Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Wand- selbe Pringensstrasse 28, I, Ecke Ritter- strasse. 10065\*

**Teppichdecken billig!** Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 437\*

**Fahrräder, gebrauchte, un-** gebrauchte, Kieselmaschinen, Saison- schiffchen wegen sportlich. Pfandlei- hand Scheidestrasse zwanzig. 1009b

**Nähmaschinen, gebrauchte, sämt-** liche Systeme, sportlich, Pfandlei- hand Scheidestrasse zwanzig. 1009b

**Nähmaschinen ohne Anzahlung,** Woche 1,00, gebrauchte tadellof, räumungshalber sportlich. Adminder- strasse 60/61, Vandsbergerstrasse 82. \*

**Sportlich Teppiche, Betten,** Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Reparaturnähen Leihhaus Reander- strasse 6, Teilzahlungen gestattet. \*

## Vermischte Anzeigen.

**Rechtsbureau, Zeitungsverkäufer 45,** Eingaben, Gesuche, Materieteilung. Un- bemittelten unentgeltlich. 11852\*

**Rechtsbureau** Radisch, Andreas- strasse dreilundfünfzig. Rechtschiffe, Eingabengesuche, Materieteilung. 970b\*

**Unfallfäden, Klagen, Eingaben,** Reklamationen, Papiere, Stiegler- strasse 65. 898b\*

**Fahrradgeschäft, Kapsel, Schön-** hauer Allee 103 a. 119/8\*

**Verwandte Bestelle, Schwedterstr. 23,** eine ganze Reihe von Sonnabenden sind noch zu Bestellungen an Ber- eine etc. zu vergeben. 1218K\*

**Vereinszimmer, großes, frei,** Strossenstrasse 23, Süd. 1210R\*

**Vereinszimmer, vier, alte, Jakob-** strasse 119. 1188K\*

**Rechtsbureau, Projektions-** dingabengesuche, Materieteilung. Hall, Brunnenstrasse vierzig. 1004b

**Bibliotek!** Wer sich über diese rechtslose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flug- blätter des Weltbundes gegen Bibli- otelien, welche unentgeltlich verleiht werden von Berliner Tierchen- verein, Königgrätzerstrasse 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b\*

**Perica, Meyer, Brothaus, liefert** komplett, Teilzahlung monatlich 4,00, Buchhandlung „West“, Postamt 60. \*

**Frauenhaare** kauft Winterfeld, Schauffstrasse 121. 10112

**Wätsche, altes Gold, Silber, Ge-** bilde, alte Uhren kauft Brod, Brangel- strasse 4. 1012b

**Anfertigung eleganter Herren-** garderobe. Teilzahlung gestattet. **Raxcus, Holzmarktstrasse zweilund-** sechzig. 1013b\*

**Geschlechts-, Unfallfäden!** Schankfäden! Verleibungsges., Inter- ventions-, Alimentsklagen! Zahlungs- befehle! Strafbefehle! Unab- gelehrt! Materieteilungen! Einlei- strasse 36. 71/12

## Schlafstellen.

**Möblierte Schlafstelle für zwei** Herren, billig, Köchler, Pöcher- strasse 3 II. 1008b\*

**Möblierte Schlafstelle, Jäger,** Wartenfelsstrasse 71, Cnergebäude I.

## Arbeitsmarkt.

**Gaudierer für Möbel oder Bau-** materialer kauft Stellung. Post, Dunder- strasse 74. 986b\*

**Buchdrucker-Invallide, 35, schrift-** gewandt, guter Rechner, sucht Be- schäftigung bei beschreibenden An- wesen. Walter, Fischerbrücke 12.

**Minder Stuhlreiter** bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück- geliefert. Adresse: Mulackstrasse 27, A. Wäfer.

**Farbigmacher** verlangt Biefern- theaterstrasse 21. 1014b

**Wamsch** auf Paletots, auf dem Hause, 1,60-2,00. Köchler, Müllers- dorferstrasse 49. 445\*

**Kartonsarbeiterin, nur gebil-** dete, verlangt Anders Nachfolger, Wäfer- strasse 7. 987b\*

## Stellengesuche.

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

**Perfekte**

**Berliner Hemden-Büglerin** per sofort in erste Zeitgarver- Waschanstalt zu dauernder Stellung gesucht. Köchler Wahn und Reiser- locherbergstrasse 12. Gefällige Offerten an **A. Haucisen**, Sutt- gart, Postfachstr. 67. 988b\*

**Achtung! Holzarbeiter!** Gelpert sind folgende Verhältnisse für Tischler, Maschinenarbeiter und Polier: A. Schatz, Krautstr. 15/19. Gummelstr. Diefenbacherstr. 33. Rindl u. Friedrich, Poststr. 43. Rindl u. Friedrich, Poststr. 59. Ferdinand Wolf, Waldenstr. 27 und Stephanstr. 6. **Die Ortsverwaltung.** 83/3\*